

Franz, Wolfgang

Working Paper

Im Jahr danach: Bestandsaufnahme und Analyse der Arbeitsmarktentwicklung in Ostdeutschland

Diskussionsbeiträge - Serie II, No. 159

Provided in Cooperation with:

Department of Economics, University of Konstanz

Suggested Citation: Franz, Wolfgang (1991) : Im Jahr danach: Bestandsaufnahme und Analyse der Arbeitsmarktentwicklung in Ostdeutschland, Diskussionsbeiträge - Serie II, No. 159, Universität Konstanz, Sonderforschungsbereich 178 - Internationalisierung der Wirtschaft, Konstanz

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/101561>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

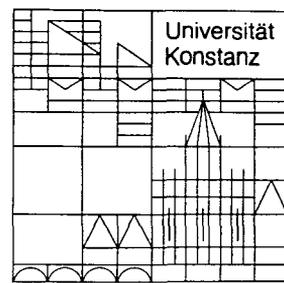
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Sonderforschungsbereich 178
„Internationalisierung der Wirtschaft“

Diskussionsbeiträge

Juristische
Fakultät

Fakultät für Wirtschafts-
wissenschaften und Statistik

Wolfgang Franz

**Im Jahr danach —
Bestandsaufnahme und Analyse
der Arbeitsmarktentwicklung
in Ostdeutschland**

10. DEZ. 1991 Wettwirtschaft
Kiel

W 113-159 HF

Postfach 5560
D-7750 Konstanz

Serie II — Nr. 159
Oktober 1991

IM JAHR DANACH -

BESTANDSAUFNAHME UND ANALYSE DER

ARBEITSMARKTENTWICKLUNG IN OSTDEUTSCHLAND¹

Wolfgang Franz

*Tut mir leid Jungs, war
halt nur so 'ne Idee
von mir.*

*Karl Marx
(in einer Karikatur von
Beier 1990)*

Serie II - Nr. 159

Oktober 1991

Beitrag für das wirtschaftswissenschaftliche Seminar Ottobeuren, September 1991. Ich danke D. Blaschke, R. Hofmann, R. Holzmann und W. Scheremet für wertvolle Hilfe bei der Daten- und Materialbeschaffung. Hilfreiche Kommentare gaben B. Fitzenberger, G. Heidbrink, W. Smolny und P. Winker.

Zusammenfassung

Der Beitrag enthält eine Bestandsaufnahme und Analyse der ostdeutschen Arbeitsmarktentwicklung sowie eine quantitative Abschätzung einiger Rückwirkungen der ostdeutschen Importnachfrage auf die westdeutsche Volkswirtschaft. Ausgehend von einer Schätzung der tatsächlichen Unterauslastung des Faktors Arbeit in Ostdeutschland werden unterschiedliche Ursachen der Arbeitslosigkeit untersucht und zum Teil quantifiziert. Ein besonderes Augenmerk wird der Analyse des Lohnbildungsprozesses in Ostdeutschland gewidmet.

1 Einführung

Der Jahrestag des Inkrafttretens der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1.7.1990 bietet Gelegenheit, eine Zwischenbilanz der realwirtschaftlichen Anpassungsprozesse in Ostdeutschland zu ziehen. Sie sind besonders auf dem Arbeitsmarkt schmerzhaft, daher soll eine Bestandsaufnahme und Analyse der Arbeitsmarktentwicklung in Ostdeutschland im Mittelpunkt dieses Beitrags stehen.

Der jetzige Zeitpunkt für eine Zwischenbilanz macht indessen nicht nur wegen des genannten Jubiläums Sinn, sondern kann auch damit gerechtfertigt werden, daß nun ausagefähigeres Datenmaterial allmählich zur Verfügung steht, welches erste Einschätzungen wichtiger Größenordnungen und damit eine informierte Diskussion erlaubt. Allerdings sollten die Erwartungen nicht zu hoch gesteckt werden, weil noch viele wesentliche Datenlücken vorhanden sind und eine Zeitspanne von einem Jahr keine ökonomischen Analysen auf Zeitreihenbasis gestattet. Daher müssen hin und wieder Vermutungen ergänzend angestellt werden und insoweit handelt es sich eher um eine Momentaufnahme eines außerordentlich schnell ablaufenden Anpassungsprozesses als um eine Zwischenbilanz in Form einer Zäsur.

Mit den erwähnten Begriffen "Bestandsaufnahme" und "Analyse" ist der Inhalt diese Beitrags bereits umrissen; bei dem es im nächsten Abschnitt hauptsächlich um den Beschäftigungseinbruch in Ostdeutschland geht, während die dortige Lohnentwicklung im Mittelpunkt des Abschnitts 3 steht. Im übrigen beteiligt sich der Beitrag nicht an Spekulationen darüber, wann die "Talsole" erreicht bzw. durchschritten sein wird.

2 Die Arbeitsmarktentwicklung in Ostdeutschland 90/91

In diesem Abschnitt soll eine quantitativ orientierte Bestandsaufnahme und Analyse der ostdeutschen Arbeitsmarktentwicklung vorgenommen werden. Angesichts des noch spärlichen und mit vergleichsweise größeren Meßfehlern behafteten Datenmaterials über die fünf neuen Bundesländer ist "quantitativ orientiert" natürlich ein ehrgeiziges Ziel und bedeutet daher eher eine grobe Abschätzung von Größenordnungen (einschließlich einiger Vermutungen) als eine ökonometrische Untersuchung.

2.1 Die Unterauslastung des Faktors Arbeit in Ostdeutschland

Um mit der Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland zu beginnen, so zeigt Tabelle 1 verschiedene diesbezügliche Aspekte auf. Innerhalb eines Jahres hat sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen mehr als verdoppelt [Spalte (1)]. Waren die ersten drei Quartale durch einen hohen Überschuß der Zugänge in die Arbeitslosigkeit über die Abgänge aus diesem Status und damit durch eine hohe Dauer der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet, so gleichen sich Zu- und Abgänge im 2. Quartal 1991 nahezu aus [Spalten (2) (3)]. Im dritten Quartal 1991 ist wieder mit einer deutlichen Diskrepanz zu Lasten der Abgänge zu rechnen.² Auch die Zahl der Kurzarbeiter ist im zweiten Halbjahr 1990 deutlich angestiegen, um im ersten Halbjahr 1991 auf einem in etwa gleichbleibendem Niveau von knapp zwei Millionen Personen zu verharren. Das mit der

²Der Beschäftigungsabbau wird dadurch begünstigt, daß ab 1.7.1991 in der Elektro- und Metallindustrie gekündigt werden kann und die "Warteschleife" im öffentlichen Dienst (vgl. dazu weiter unten) für einen Großteil der Betroffenen Ende Juni 1991 ausläuft.

Kurzarbeit verbundene Ausmaß des Arbeitsausfalls läßt sich aus den Angaben der Bundesanstalt für Arbeit berechnen. Diese Statistik klassifiziert die Kurzarbeiter monatlich nach dem prozentualen Arbeitsausfall.³ Der gewichtete Durchschnitt ergibt einen prozentualen Arbeitsausfall von rd. 44 v.H. im September 1990, welcher auf 52 v.H. im Januar 1991 und auf gut 56 v.H. zur Jahresmitte 1991 steigt. Multiplikation der Kurzarbeiter mit diesem prozentualen Arbeitsausfall ergibt dann einen Schätzwert für auf Vollzeitarbeitslose umgerechnete Kurzarbeiter, welcher in die Berechnung der korrigierten Arbeitslosenquote in Spalte (8) eingeht und sich im zweiten Quartal 1991 auf gut eine Million beläuft.

Allgemein gilt für die Kurzarbeiterregelung in Ostdeutschland eine Ausnahmeregelung von § 63,5 Arbeitsförderungsgesetz insoweit, als Arbeitnehmer auch dann Kurzarbeitergeld beziehen können, wenn ihre Weiterbeschäftigung nicht gesichert ist. Einschließlich tariflicher Zulagen kann das in Ostdeutschland gezahlte Kurzarbeitergeld bis zu 92 v.H. des Nettolohnes vor Kurzarbeit erreichen.⁴ Dies fördert nicht unbedingt die Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, bei denen prozentual niedrigere Unterstützungssätze zur Anwendung kommen.⁵ Unerwünschte Nebenwirkungen kann die Kurzarbeiterregelung auch bei potentiellen Erwerbem eines ostdeutschen Betriebs haben, der diese "Beschäftigten" nach § 613a BGB übernehmen bzw. mit Sozialplänen abfinden muß.

Ein beträchtlicher Anteil der Abgänger aus der Arbeitslosigkeit nimmt an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) oder an einer Qualifizierung im Rahmen der beruflichen Weiterbildung (BW) teil. Während für die Beschäftigten in ABM monatliche Bestandszahlen vorliegen,⁶ weist die Arbeitsmarktstatistik die Teilnehmer der BW m.W. nur als Stromgröße in Form der "Eintritte in die berufliche Weiterbildung" aus. Diese "Eintritte" stiegen 1991 nahezu kontinuierlich an und erreichten im Juni eine Zahl von gut 80 Tsd. Personen. Um die für die Berechnung der korrigierten Arbeitslosenquote erforderlichen Bestandszahlen der Teilnehmer der BW zu ermitteln, wurde eine Statistik der Verteilung der "Eintritte" nach unterschiedlicher Dauer (in Monaten) für das erste Halbjahr 1991 verwendet,⁷ wonach sich eine durchschnittliche Dauer in Höhe von 6.4 Monaten ergab. Der jeweilige monatliche Bestand der Teilnehmer der BW wurde dann unter Zugrundelegung dieser Verteilung geschätzt, anhand welcher sich die zu erwartende Zahl in späteren Monaten aus der Zahl der Eintritte in einem bestimmten Monat bestimmen läßt. Die so ermittelten Schätzwerte für eine Bestandsgröße der Teilnehmer an Maßnahmen der BW stellen natürlich nur einen Schätzwert dar, welcher sich für das zweite Quartal 1991 z.B. auf 254 Tsd. Personen belief. Zusammen mit den quartalsdurchschnittlich 116 Tsd. ABM-Teilnehmern ergibt sich damit die in Spalte (5) ausgewiesene Zahl für dieses Quartal.

Für eine umfassende Einschätzung des Grades der Unterauslastung des Faktors Arbeit sind außerdem die Personen zu berücksichtigen, welche entweder die Vorruhestandsregelung (bis zum 2.10.1990 möglich)⁸ oder die Altersübergangsgeld-Regelung (ab dem

³ Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA), lfd. Jahrgänge (z.B. 6/1991, S.959).

⁴ Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft, iwv - Heft Nr.10 v. 7.3.1991, S.6.

⁵ Vgl. dazu auch Belwe (1991), S.30. Hinzu kommt, daß Betriebe möglicherweise vom Arbeitsamt finanzierte Kurzarbeit einem Weiterbildungsangebot vorziehen.

⁶ Vgl. ANBA 6/1991, S.959.

⁷ Ich danke Herrn Blaschke vom IAB für diese Information.

⁸ Lt. Verordnung vom 8.2.1990 konnte Vorruhestandsgeld ab fünf Jahre vor Erreichen des Rentenalters (also für Männer ab 60 Jahren, für Frauen ab 55 Jahren) bezogen werden.

Tabelle 1: Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland (Quartalswerte)

Quartal	Registrierte Arbeitslose (1000)	Zugänge ^{b)} (1000)	Abgänge ^{b)} (1000)	Kurzarbeiter ^{a)} (1000)	Teilnehmer an ABM und BW ^{c)} (1000)	Vorruhestand bzw. Altersübergangsgeld ^{a)} (1000)	Arbeitslosenquote v.H.	
							offiziell ^{d)}	korrigiert ^{e)}
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
90/3	359	346	43	1293	22	225	4.1	13
90/4	589	311	114	1736	85	300	6.7	19
91/1	784	358	192	1926	190	400	8.9	26
91/2	841	270	236	1961	370	375	9.5	28
91/3								

^{a)} Quartalsdurchschnittsbestand; ^{b)} zum Quartalsende kumulierte Werte; ^{c)} ABM = Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen BW = berufliche Weiterbildung, Quartalsdurchschnittsbestände vgl. Text für Erläuterungen; ^{d)} in v.H. der Erwerbspersonen, Quartalsdurchschnitte; ^{e)} vgl. Text für Erläuterungen der Berechnungsweise.

Quellen: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit; Informationen des IAB; eigene Berechnungen (vgl. Text für Einzelheiten).

3.10.1990)⁹ in Anspruch nehmen. Im Juni 1991 gehörten zur ersten Gruppe 367 Tsd. Personen, während sich die entsprechende Zahl für die zweite Gruppe auf 144 Tsd. Personen belief. Beide Bestandsgrößen ergeben für Juni 1991 mithin gut eine halbe Million Personen.

Zur Berechnung der Größenordnung der Unterauslastung des Faktors Arbeit wurden in Spalte (8) die registrierten Arbeitslosen, die auf Vollzeitarbeitslose umgerechneten Kurzarbeiter (wie oben beschrieben), die ABM- und BW-Teilnehmer sowie die Vorrüheständler bzw. Empfänger von Altersübergangsgeld zusammengefaßt und in v.H. der Erwerbspersonen berechnet. Der besseren Vergleichbarkeit halber wurden zur Berechnung der Erwerbspersonen zunächst die Angaben der Spalten (1) und (7) verwendet und diese Personenzahl um die Teilnehmer an BW-Maßnahmen sowie um die Personen aus Spalte (6) erhöht. Diese Berechnung ergab beispielsweise für das zweite Quartal 1991 eine Zahl von 9.5 Mio. "korrigierten Erwerbspersonen" und damit die in Spalte (8) für dieses Quartal ausgewiesene Arbeitslosenquote in Höhe von 28 v.H..

Es könnte kritisiert werden, daß die in Tabelle 1 durchgeführte Korrektur der Arbeitslosenquote in dem Maße unvollständig ist, wie die Migrations- und Pendlerströme unfreiwillig, d.h. durch die Erwerbslosigkeit induziert worden sind. So werden für die Jahre 1990 und 1991 die Ost-West-Pendler auf 75 bzw. 275 Tsd., die Übersiedler insgesamt, d.h. ohne Berücksichtigung ihres Erwerbsstatus' auf insgesamt 530 Tsd. und die Rückwanderung von Ausländern, die auf Grund von Regierungsabkommen mit der ehemaligen DDR dort gearbeitet haben, auf gut 70 Tsd. Personen geschätzt.¹⁰ Weiterhin ist es möglich, daß sich in Ostdeutschland bereits eine "Stille Reserve" herausbildet, welche für 1991 auf etwa 175 Tsd. Personen beziffert wird.¹¹ Diese Personen bleiben in Tabelle 1 nicht nur wegen der z.T. nur groben Schätzungen bzw. Prognosen außer Betracht, sondern auch auf Grund der Überlegung, daß Pendler und Übersiedler, welche in den westlichen Bundesländern einen Arbeitsplatz gefunden haben, kein unterausgelastetes Produktionspotential darstellen.

Etwas anders verhält es sich möglicherweise mit den Beschäftigten, die sich im "Wartestand" befinden.¹² Das DIW beziffert den Umfang dieser Gruppe im ersten Halbjahr 1991 auf 250 Tsd. Personen, während die Gewerkschaft ÖTV dahingehend zitiert wird, daß sie mit etwa 700 Tsd. überzähligen Mitarbeitern rechne, welche entlassen werden müßten.¹³ Über die Arbeitszeit dieser "Beschäftigten" ist kaum etwas bekannt; vorsichtige und informelle Grobschätzungen gehen von etwa 10 v.H. aus. Auf Grund dieser reichlich diffusen Datenlage bleiben diese Personen bei den Berechnungen in Tabelle 1 außer Betracht. Die in Spalte (8) ausgewiesene korrigierte Arbeitslosenquote würde sich um gut zwei Prozentpunkte erhöhen, rechnete man diese Personen auf der Basis der DIW-Daten in voller Höhe zu den Arbeitslosen.

⁹ Altersübergangsgeld konnten arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitnehmer ab 57 Jahren (Frauen, die bis Ende 1990 ihren Arbeitsplatz verloren haben, ab 55 Jahren) unter bestimmten Bedingungen beanspruchen. Seit Anfang Juli 1991 ist die Möglichkeit, Altersübergangsgeld zu beziehen, auf Personen ab dem 55. Lebensjahr erweitert. Quelle: IAB-Werkstattbericht Nr.1 v. 10.7.1991, S.5f.

¹⁰ Vgl. Bach et. al. (1990), S.462, Übersicht 5.

¹¹ Nach Schätzungen des IAB lt. FAZ v. 7.5.1991.

¹² Darunter versteht man Angehörige des öffentlichen Dienstes, bei denen das Arbeitsverhältnis noch für eine bestimmte Zeit weiterbesteht, obwohl eine Weiterbeschäftigung ausgeschlossen wird. Im Wartestand werden 70 v.H. des durchschnittlichen Monatsverdienstes der letzten sechs Dienstmonate gezahlt, eine Verpflichtung zur Arbeit besteht nicht.

¹³ Quellen: DIW, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für Ostdeutschland v. 21.6.1991; iwd 13/1991 v. 28.3.1991, S.6, Belwe (1991), S.36.

Spiegelbildlich zu der Zunahme der (registrierten) Arbeitslosigkeit verlief die Entwicklung der Erwerbstätigen in Ostdeutschland, welche von 9.9 Mio. im ersten Quartal 1989 auf 8.2 Mio. Personen im vierten Quartal 1990 sanken; allein im Jahr 1990 reduzierte sich ihre Zahl um etwa 1.4 Mio. Personen.¹⁴ Dieser Beschäftigungsrückgang kann nicht mit einer entsprechenden Zunahme der Arbeitslosigkeit gleichgesetzt werden, weil viele Erwerbspersonen nach Westdeutschland übergesiedelt sind¹⁵ oder sich – wie bereits dargelegt – vorzeitig aus dem Erwerbsleben in den Ruhestand zurückgezogen haben.

Zur Begründung der oben dargestellten, exorbitanten Beschäftigungsverluste kommen grundsätzlich mehrere Ursachenkomplexe in Betracht. Für die folgenden Faktoren soll hier kurz eine empirische Bestandsaufnahme vorgetragen werden:

1. Freisetzung von Beschäftigten auf Grund systembedingter Organisations- und Planungsmängel sowie politischer Vorgaben;
2. Freisetzung von Arbeitskräften auf Grund veränderter Produktions-, Kosten- und Absatzbedingungen;
3. Arbeitslosigkeit auf Grund von Hemmnissen im ostdeutschen Strukturwandel.

2.2 Freisetzung durch Abbau von Personalüberhängen

Die unter (1) genannte Freisetzung von Arbeitskräften basiert auf einer ineffizienten Verwendung des Faktors Arbeit bei gegebenen Produktions- und Absatzbedingungen, d.h. für eine hypothetische Vollbeschäftigungssituation.¹⁶ Darunter fallen zunächst Beschäftigte bzw. Arbeitszeiten, welche für politische Aufgaben verwendet werden wie z.B. politische Kader und deren Personal (Parteifunktionäre in den Betrieben, paramilitärische Einsätze etc.), politische Aktivitäten der Belegschaft während der Arbeitszeit, überhöhter Verwaltungsaufwand u.ä.. Zweitens gehören dazu Arbeitskräfte bzw. -zeiten, die unter veränderten organisatorischen Bedingungen nicht erforderlich gewesen wären wie z.B. Stillstandszeiten der Produktion auf Grund fehlender Materiallieferungen und defekter Produktionsanlagen, fehlerhafte Zuweisung von Arbeitskräften im Rahmen der Planungsvorgaben und begrenzter Leistungsbereitschaft der Beschäftigten (Fehlzeiten). Es liegt auf der Hand, daß selbst Schätzungen über die Größenordnungen dieser Fehlallokation schwierig sind. Das Ifo-Institut hat im Mai 1990 Interviews in Betrieben, Behörden und Kombinat durchgeföhrt, um das Ausmaß dieser Fehlverwendungen durch Befragung zu ermitteln. Die befragten Kombinate und Betriebe repräsentieren knapp 5 v.H. aller Beschäftigten, wobei bei der Auswahl der Befragten auf eine breite sektorale und regionale Streuung geachtet wurde. Die Studie kommt zu dem Schluß, daß etwa 1.4 Mio. Beschäftigte eingespart werden, wenn die erwähnten Organisations- und Planungsmängel beseitigt werden und der politische bzw. unvergleichbar hohe soziale Aufwand¹⁷ wegfällt, d.h. rund 15 v.H. der Beschäftigten wären

¹⁴Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 43, Heft 7, S.23. Das DIW schätzt die Zahl der Erwerbstätigen (einschl. Pendlersaldo und Beschäftigte in ABM) im Durchschnitt des vierten Quartals auf etwa 6.8 Mio. Personen (auf 6.1 Mio. ohne Pendler und ABM). Quelle: DIW-Wochenbericht 26-27/1991 v. 27.6.1991, S.370.

¹⁵Die Verringerung des Arbeitsangebots auf Grund der Übersiedler von Ost- nach Westdeutschland wird für 1990 auf etwa 250 Tsd. Personen geschätzt, während sich Schätzungen für das erste Halbjahr 1991 auf etwa 32 Tsd. Personen belaufen. Quelle: iwD 31/1991 v. 1.8.1991, S.4.

¹⁶Vgl. zum folgenden auch Vogler-Ludwig (1990).

¹⁷Z.B. in Form von Betriebskindergärten, Clubhäusern etc. Vgl. Vogler-Ludwig (1990).

“fehlallokiert”.

Diese Ziffer ist bestensfalls als ungefähre Größenordnung anzusehen, ist jedoch selbst unter diesem Vorbehalt beträchtlich und kann damit in nicht unerheblichem Ausmaß zur Erklärung der Freisetzen von Arbeitskräften 1990/91 beitragen.¹⁸ Mit der pauschalen Etikettierung als “verdeckte Arbeitslosigkeit” sollte indessen vorsichtig umgegangen werden. Ein Teil dieser 1.4 Mio. Personen ging unter der Prämisse der sozialistischen Diktatur einer “gesellschaftlich nützlichen” Beschäftigung nach; Unternehmen in Westdeutschland unterhalten aus guten Gründen ebenfalls z.T. großzügige soziale Einrichtungen, deren Beschäftigte kaum mit dem Werturteil “verdeckte Arbeitslose” bedacht werden; und Klagen über Fehlzeiten westdeutscher Beschäftigter (insbesondere an Montagen und Freitagen) sind Legion. Ohne die erhebliche Fehlallokation auf Grund von Organisations- und Planungsmängel und eines politisch bedingten betrieblichen Personalüberhangs in Abrede stellen zu wollen, sollte der Gebrauch eines allzu idealisierten Vergleichsmaßstabes vermieden werden.

So sehr es einerseits auf der Hand liegt, daß die unter (1) genannten Faktoren bereits für sich genommen eine geringere Arbeitsproduktivität der ostdeutschen Betriebe verursachen, so problematisch, wenn nicht dubios, ist andererseits die Messung dieser Arbeitsproduktivität, insbesondere dann, wenn sie als Richtgröße für den Lohnfindungsprozeß herangezogen wird.¹⁹ Wie hoch ist die Arbeitsproduktivität eines Betriebes, der unverkäufliche Produkte herstellt? Als Ausweg wird mitunter vorgeschlagen, zwischen einer “technischen” und einer “wirtschaftlichen” Produktivität zu unterscheiden. Es ist jedoch nicht ganz klar, was mit diesen Definitionen gewonnen ist. Definitionen können bekanntlich nicht richtig oder falsch, sondern mehr oder weniger zweckmäßig sein. Welchen Aussagewert besitzt indessen eine Differenz zwischen technischer und wirtschaftlicher Produktivität? “Zweckmäßiger” wäre dann eine Differenzierung zwischen einer aktuellen Produktivität (je Erwerbstätigenstunde) bei gegebener Produktionstechnik und Absatzlage und einer potentiellen Produktivität (ebenfalls auf Stundenbasis) für eine gegebene Qualifikation der Arbeitskräfte, für westdeutschen Standards entsprechenden Produktionsverfahren und für eine realistische Absatzsituation (also z.B. auf der Basis derzeitiger Verkaufspreise für diese Produkte). Die aktuelle Produktivität kann gemessen werden durch das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. Es beträgt nach neuesten Angaben des DIW für 1989 und 1990 für die Gesamtwirtschaft Ostdeutschlands nominal 16.84 DM und wird für 1991 (1992) auf 24.68 (31.32) DM geschätzt.²⁰ Verglichen mit den entsprechenden Stundenproduktivitäten für Westdeutschland (1989: 44.0 DM, 1990: 45.7 DM),²¹ ergibt das eine ostdeutsche Produktivität relativ zu der in Westdeutschland in Höhe von 38.3 bzw. 36.8 v.H., welche sich damit in ihrer Größenordnung in der Mitte bisheriger Schätzungen befindet, die zwischen 28.5 v.H. (Statistisches Bundesamt für die zweite Hälfte 1990)²² und 42 v.H. [Heinze et. al. (1991)] liegen. Solche Produktivitätsziffern mögen am ehesten für bereits bestehende Betriebe in Ostdeutschland mit (kurzfristig) geringem Modernisierungspotential relevant sein.²³

¹⁸ Das Institut für angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) in Berlin ermittelte in einer Umfrage bei ostdeutschen Unternehmen, daß 1991 78 v.H. aller Unternehmen den Personalstand reduzieren wollen. Zitiert aus: Wirtschaftswoche Nr.29 v. 12.7.1991, S.12.

¹⁹ Neubäumer (1991) gibt eine kurze Übersicht über die Diskussion zur Messung der ostdeutschen Produktivität.

²⁰ DIW, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für Ostdeutschland v. 21.6.1991.

²¹ Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft (1991), Tabelle 23.

²² Zitiert nach Siebert (1991), S.52f.

²³ Allerdings ergibt sich sofort eine Produktivitätszunahme, sobald der Personalüberhang abgebaut wird.

Neuansiedlungen oder modernisierte Betriebe weisen hingegen (mittelfristig) die höhere, potentielle Produktivität auf.

2.3 Freisetzung auf Grund veränderter Produktions-, Kosten- und Absatzbedingungen

Im Rahmen der Analyse des Übergangsproblems der ehemaligen DDR in Richtung eines marktwirtschaftlichen Systems westlicher Prägung sind zunächst die unterschiedlichen sektoralen und tätigkeitsspezifischen Beschäftigungsstrukturen von Bedeutung. Solche Angaben sind nur durch umfangreiche Umrechnungen erhältlich, weil die offizielle Statistik der früheren DDR nur Daten der "Berufstätigenerhebung" und der "Arbeitskräfteberichterstattung" veröffentlichte, welche unvollständig waren. Sie schlossen insbesondere den sogenannten "X-Bereich" aus, in dem u.a. Erwerbstätige bei Armee, Polizei, Staatssicherheit, Parteien und Massenorganisationen tätig waren.²⁴ Auf Grund dieser Schwierigkeiten sollen die folgenden Tabellen auch nur Größenordnungen für einen Vergleich liefern. Mit der Gegenüberstellung der Strukturen soll nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß die sektorale Struktur in Westdeutschland als optimal anzusehen sei, zumal sich diese auch ständig ändert. Es ist aber zu erwarten, daß auf Grund der für Industrieländer westlicher Prägung atypischen Sektorstruktur in Ostdeutschland der Übergangsprozeß durch einen Strukturwandel gekennzeichnet sein wird.

Tabelle 2 zeigt zunächst, daß die sektorale Verteilung der Beschäftigten in der früheren DDR im Vergleich zur damaligen BRD erhebliche Unterschiede aufweist. So waren Land- und Forstwirtschaft, Energie, Bergbau mit insgesamt 13 v.H. überrepräsentiert (BRD: 6 v.H.), während Handel, Banken, Versicherungen, Gaststätten und Hotels mit 10 v.H. deutlich weniger vertreten waren (BRD: 19 v.H.). Ursachen für diese Beschäftigungsstruktur in Ostdeutschland sind u.a. die Autarkie-Politik (einschließlich der "Selbstversorgungsstrategie" der Kombinate und deren Fertigungstiefe) und die einseitige Einbindung in den RGW.²⁵ Diese Unterschiede kommen auch in der Verteilung der Beschäftigten nach Tätigkeitsfeldern in Tabelle 3 zum Ausdruck. Im Vergleich zur BRD weisen die Anteile bezüglich manueller und landwirtschaftlicher Tätigkeit mit 18 v.H. einen deutlichen Vorsprung auf (BRD: 8 v.H.), während Dienstleistungs-, Verwaltungs- und Bürotätigkeiten sowie solche in Transport und Handel mit insgesamt 33 v.H. zurückfielen (BRD: 44 v.H.).

Die in der Tabelle 2 vorgenommene sektorale Einteilung sollte nicht zu dem Schluß verleiten, daß nur intersektorale Umstrukturierungsprozesse notwendig wären und der Dienstleistungssektor ein Auffangbecken größeren Umfangs für die Freisetzungen aus dem primären und sekundären Sektor sei. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) ist der tertiäre Sektor – bezogen auf die Einwohnerzahl – mit 250 Beschäftigten pro 1000 Einwohner in Ost- und Westdeutschland annähernd gleich stark. Es sind jedoch intrasektorale Umstrukturierungen im Dienstleistungssektor zu

Weitere Produktivitätssteigerungen können bei gegebener Produktionstechnik durch eine Reduktion der Fehlzeiten erfolgen, welche z.B. durch eine reibungslosere Ersatzteilbeschaffung möglich wird. Gerstenberger (1990), S.19 schätzte, daß realistische Werte für den Produktivitätsstand nach einem Anpassungszeitraum von einem Jahr im Bereich 70 bis 85 v.H. des westdeutschen Niveaus liegen. Die Deutsche Bundesbank (1990), S.15 schätzte die Produktivität der ehemaligen DDR auf rund 40 v.H. der westdeutschen Produktivität, während Cornelsen und Kirner (1990) einen Wert von rund 50 v.H. angeben, allerdings mit einer erheblichen Streuung z.B. für die Chemiefaserindustrie mit 20 v.H. im Vergleich zur Feinkeramik mit 88 v.H. (S. 172).

²⁴Vgl. dazu und für neuere Berechnungen auch Heinze et. al. (1991).

²⁵Vgl. dazu ausführlich Brautzsch (1991).

Tabelle 2: Sektorale Verteilung der Erwerbstätigen in Ost- und Westdeutschland 1989
(in v.H.)^{a)}

Sektor	Ost-	West-
	Deutschland	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	9.9	3.9
Energie und Bergbau	3.2	1.7
Verarbeitendes Gewerbe	34.1	31.4
Baugewerbe	6.1	6.6
Handel	7.8	13.0
Transport und Nachrichten	6.8	5.9
Banken und Versicherungen	0.7	3.1
Gaststätten und Hotels	1.9	3.1
Dienstleistungen, öffentlicher Sektor, Verteidigung, andere Sektoren	29.7	31.7
Erwerbstätige insg. (Mio)	9.3	27.6

^{a)} Fehler durch Rundungen.

Quelle: Siebert (1991), S.13.

Tabelle 3: Beschäftigte nach Tätigkeiten in Ost- und Westdeutschland 1988 (in v.H.)

Tätigkeiten	Ost-	West-
	Deutschland	
Maschinelle Fertigungstätigkeiten	12.9	15.7
Manuelle Fertigungstätigkeiten	11.8	4.3
Landwirtschaftliche Tätigkeiten	6.6	3.8
Reparatur- und Instandhaltung	12.0	8.0
Produktionsvorbereitende und wissenschaftliche Tätigkeiten	6.1	5.5
Dienstleistungstätigkeiten	6.6	9.8
Verwaltung und Büro	12.6	16.6
Transport und Handel	13.9	18.0
Andere	17.5	18.3

Quelle: Dostal (1990), S.81.

erwarten: Dem Überschuß in den Bereichen Bildung, Wissenschaften und Kultur (45 Beschäftigte auf je 1000 Einwohner im Vergleich zu 27 in Westdeutschland) steht ein Defizit bei Kreditinstituten/Versicherungen (4 im Vergleich zu 16 in Westdeutschland) und Gastgewerbe/Hotels (7 im Vergleich zu 18 in Westdeutschland) gegenüber.²⁶

Mit der Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 1. Juli 1990 wurde die seinerzeitige DDR mit den beschriebenen Verzerrungen der Produktionsstruktur und den Fehlallokationen abrupt dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt. Technisch gesprochen handelte es sich um eine schlagartige und radikale Liberalisierung der Güter- und Faktormärkte verbunden mit einer kräftigen Aufwertung. Die Auswirkungen dieses Schocks waren qualitativ vorauszusehen, wenn vielleicht auch auf Grund mangelhafter und/oder manipulierter DDR-Statistiken nicht in vollem Ausmaß.

Der Index der Nettoproduktion für das verarbeitende Gewerbe sank von etwa 180 im ersten Halbjahr 1990 auf 100 im 3. Quartal 1990 und beläuft sich im 1. Quartal 1991 auf etwa 60, d.h. in weniger als einem Jahr ist die industrielle Produktion in Ostdeutschland auf ein Drittel geschrumpft.²⁷ Diese Entwicklung spiegelt sich zunächst in einer Verlagerung der ostdeutschen Nachfrage (insbesondere auf dem Konsumgütersektor) auf westliche Märkte wider. Nach Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Ostdeutschland nahmen die ostdeutschen Importe real 1990 im Vergleich zu 1989 um 67 v.H. zu, während für 1991 eine entsprechende Zuwachsrate in Höhe 74 v.H. prognostiziert wird.²⁸ Dabei stammen 1990 (1991) von den nominalen Importen Ostdeutschlands in Höhe von 106 (186) Mrd. DM rund 68 (90 v.H.) aus Westdeutschland.²⁹

Als zweite Ursache für den ostdeutschen Produktionseinbruch wird der Rückgang der Exporte genannt. Tatsächlich sind die ostdeutschen Exporte insgesamt 1990 real um 19 v.H. gestiegen (nominal: +13 v.H.) und erst für 1991 wird ein dramatischer Rückgang um 9 v.H. vorausgeschätzt.³⁰ Im Warenverkehr Ostdeutschlands (also ohne Dienstleistungen) mit Westdeutschland und dem Ausland ergab sich 1990 bereits ein nominaler Rückgang um insgesamt 7 v.H. auf 38 Mrd. DM, wobei die Warenexporte in die Staatshandelsländer 1990 jedoch noch um 2 v.H. zunahmen.³¹ M.a.W. die Absatzeinbrüche der ostdeutschen Firmen resultierten 1990 hauptsächlich aus der zurückgehenden Binnennachfrage. Der Ausfall der Auslandsnachfrage in 1991 ist dann in erster Linie dem Zusammenbruch des Exportes in die ehemaligen RGW-Länder zuzuschreiben. Diese Länder hatten 1989 noch etwa 70 v.H. der Gesamtexporte der damaligen DDR aufgenommen, während Westdeutschland als der wichtigste Exporteur in diese Länder 4 v.H. seines gesamten Exports dort absetzte.³² Der Grund für diese verzögerte Reaktion der Exporte nach Osteuropa liegt darin, daß die Bundesregierung die Produktion und die Exporte dorthin subventioniert – bis Ende 1990 nach Auskunft der Bundesregierung mit 6.5 Mrd. DM³³ – und daß der Handel mit den ehemaligen RGW-Ländern erst zum 1.1.1991 auf konvertible Währungen umgestellt worden ist. Neben der damit einhergehenden Verteuerung ostdeutscher Exportgüter wird die osteuropäische Nachfrage nach diesen Produkten auch durch die Devisenknappheit dieser Länder behindert.

²⁶Quelle: iwD Nr.27 v. 4.7.1991, S.4-5.

²⁷Quelle: DIW Wochenbericht 26-27/1991 v. 27.6.1991, S.369 (Schaubild).

²⁸Ebenda S.382.

²⁹Ebenda S.367 und 382.

³⁰“Real” heißt in Preisen des zweiten Halbjahres 1990. Quelle: DIW Wochenbericht 33/1991 v. 15.8.1991, S.473.

³¹Ebenda S.478.

³²Quelle: ifo-Schnelldienst 18/1991, S.17.

³³Quelle: Hoffmann (1991), S.10.

Tabelle 4: Lohn- und Preisentwicklung in Ostdeutschland^{a)}

Variable	Quartal				Zuwachsrate ^{g)}
	1990/3	1990/4	1991/1	1991/2	
Tarifverdienste ^{b)} (DM)	9.75	10.57	11.64	12.85	32
Preisindex für die Lebenshaltung (1989 = 100) ^{c)}	95.30	98.50	107.00	109.00	14
Konsumlohn ^{d)} (DM)	8.70	9.12	9.25	10.02	15
Index der Erzeugerpreise (1989 = 100) ^{e)}	63.40	62.50	63.30	64.00	1
Produktlohn ^{f)} (DM)	17.69	19.45	21.15	23.09	31

a) Vgl. Text für Erläuterungen, 1991/1 und 1991/2 z.T. geschätzt.

b) Je vollbeschäftigtem Erwerbstätigen in Ostdeutschland.

c) Für alle Arbeitnehmerhaushalte.

d) Netto-Tarifverdienste deflationiert mit dem Preisindex für die Lebenshaltung.

e) Für gewerbliche Erzeugnisse.

f) Tarifverdienste plus 15 v.H. für Lohnnebenkosten, deflationiert mit dem Erzeugerpreisindex.

g) 1991/2 im Vergleich zu 1990/3, in v.H.

Quelle: DIW, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für Ostdeutschland v. 21.6.1991; Statistisches Bundesamt, Fachserien 16 und 17; eigene Berechnungen.

Die ostdeutschen Unternehmen sahen sich indessen nicht nur von der Nachfrageseite her rationiert, sondern auch mit erheblichen Zuwachsraten der Lohnkosten konfrontiert. Tabelle 4 versucht, einige quantitative Informationen zu diesem Aspekt bereitzustellen. Die erste Zeile weist zunächst die Entwicklung der Tarifverdienste je Beschäftigtenstunde für Vollzeitbeschäftigte (also ohne Kurzarbeiter) in Ostdeutschland (mithin ohne Pendler) aus. Innerhalb eines Jahres erhöhten sich die Tarifverdienste um über 30 v.H., wobei darauf hinzuweisen ist, daß bereits vor Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion z.T. kräftige Lohnerhöhungen vorgenommen wurden. Die Durchschnittswerte der genannten Lohnvariable beliefen sich 1989 (1990) auf 7.86 DM (9.68 DM), so daß sich für 1989/1990 eine Zuwachsrate von knapp 25 v.H. ergibt.

Aus der Arbeitsmarktökonomik ist bekannt, daß für die ökonomische Analyse der Wirkungen von Lohnerhöhungen die Unterscheidung in Konsum- und Produktlohn relevant ist.³⁴ Der Konsumlohn ist definiert als der reale Nettolohn (deflationiert mit dem Konsumentenpreisindex), während der Produktlohn als reale Lohnkosten (deflationiert mit dem Outputpreis) gemessen wird. Um mit dem Konsumlohn zu beginnen, so schätzen wir auf der Grundlage der VGR für Ostdeutschland einen durchschnittlichen Abgabesatz (einschl. Beiträge zur Sozialversicherung) in Höhe von 15 v.H..³⁵ Die in der Tabelle 4 ausgewiesene Inflationsrate für die Lebenshaltungskosten in Höhe von insgesamt 14 v.H. (zwischen 1990/3 und 1991/2) ist in mehrfacher Hinsicht verzerrt.

³⁴Vgl. dazu Franz (1991), S.262ff.

³⁵Vgl. DIW, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für Ostdeutschland v. 21.6.1991.

Die wichtigsten Probleme bestehen in der Ausschaltung der Qualitätsunterschiede (im Zeitablauf und im Vergleich zu Westdeutschland) und in der Festschreibung des Warenkorb von 1989 auf Grund der Konstruktion der Preisindizes als Laspeyres-Indizes.³⁶ Beide Faktoren bewirken vermutlich eine Überschätzung der Preisentwicklung, so daß der in Tabelle 4 ausgewiesene Netto-Reallohn nach unten verzerrt ist. Unter diesen nicht unerheblichen Vorbehalten ergibt sich zwischen 1990/3 und 1991/2 eine Zuwachsrate von 15 v.H..

Der in Tabelle 4 enthaltene Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte für die in Ostdeutschland hergestellten und in der Bundesrepublik Deutschland (Gebietsstand seit 3.10.1990) abgesetzten Produkte leidet unter ähnlichen Einschränkungen. Die Erfassung der Preisangaben für das Basisjahr 1989 erfolgte zu Industrieabgabepreisen in Mark der DDR. Trotz der mit diesem Index verbundenen Meßproblematik wird der immense Einbruch bei den Produzentenpreisen zwischen 1989 und 1990 sichtbar. In einem beträchtlichen Ausmaß ist das auf die geringere Steuer- und Abgabenbelastung zurückzuführen, weil zur Jahresmitte 1990 alle produktgebundenen Abgaben, die eine Kostensteuer darstellten und deren Volumen weit über den an die Industrie geleisteten Subventionen lag, gestrichen wurden.³⁷ Ein Teil dieses Preiseinbruchs ist aber auch auf Preissenkungen zurückzuführen, welche der Eindämmung von Absatzeinbrüchen dienen sollten oder die schlicht einen "Ausverkauf" bei bevorstehender Betriebsstilllegung darstellten. Da nicht alle der genannten Faktoren den Produktlohn gleichermaßen beeinflussen, ist sein in Tabelle 4 ausgewiesenes Niveau vorsichtig zu interpretieren (zusätzlich zu den bereits genannten Vorbehalten). Die Zuwachsrate des Produktlohns beläuft sich zwischen 1990/3 und 1991/2 auf 31 v.H., ist damit doppelt so hoch wie die des Konsumlohnes.

Die zügige Lohnentwicklung in Ostdeutschland kommt auch in Tabelle 5 zum Ausdruck, welche die durchschnittlichen Verdienste in einzelnen Wirtschaftszweigen in Ost- und Westdeutschland miteinander vergleicht. Verdienten die ostdeutschen Beschäftigten zu Beginn des Jahres 1990 noch rund 30 v.H. der Westeinkommen, so näherte sich diese Relation Ende 1990 bereits der 40 v.H.-Marke und betrug im Hoch- und Tiefbau bereits die Hälfte. Zum Teil ist dieser Aufholprozeß bereits tarifvertraglich festgeschrieben: Der Tarifvertrag in der ostdeutschen Metallindustrie vom Frühjahr 1991 sieht bis 1994 eine Angleichung der ostdeutschen Tariflöhne auf Westniveau vor. Nota bene: Dies bezieht sich nur auf die Tariflöhne; Urlaubs- und Weihnachtsgeld, vermögenswirksame Leistungen und vor allem übertarifliche Leistungen bleiben teilweise oder gänzlich von dieser Anpassung ausgeschlossen. Auch die Arbeitszeit liegt noch bis 1998 mindestens drei Stunden über der im Westen.

Da die ostdeutschen Firmen auf dem Gütermarkt rationiert sind, liegt der Fehlschluß nahe, daß sich die Firmen in dem betrachteten Zeitraum 1990/1991 hauptsächlich oder sogar ausschließlich in einem Keynesianischen Regime befunden hätten.³⁸ Tatsächlich

³⁶ Vgl. dazu ausführlicher Deutsche Bundesbank (1991a). In der damaligen DDR wurden die Produktionskosten der Betriebe durch hohe Abgaben an den Staat, die ein Mehrfaches der steuerlichen Belastung westdeutscher Unternehmen ausmachten, aufgebläht. So mußten, um nur ein Beispiel zu nennen, die ostdeutschen Betriebe eine Lohnsummensteuer in Höhe von 70 v.H. abführen. Vgl. Genser (1990) für eine Übersicht über das Steuersystem der ehemaligen DDR.

³⁷ Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1990/91, Ziffer 103.

³⁸ Ein Keynesianisches Regime bedeutet (z.B. in der Terminologie von Malinvaud), daß auf Grund eines gesamtwirtschaftlichen Nachfragedefizits die Unternehmen auf dem Gütermarkt und die Arbeitsanbieter auf dem Arbeitsmarkt rationiert sind.

Tabelle 5: Relation der Verdienste in Ost- und Westdeutschland nach Wirtschaftszweigen^{a)}

Wirtschaftszweig	Jan. 1990	Okt. 1990	Jan. 1991	Apr. 1991
Verarbeitende Industrie	30.8	37.3	39.4	44.0
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	29.9	37.1	38.1	42.8
Chemische Industrie	27.4	35.6	34.9	40.2
Investitionsgüterindustrie	30.5	36.8	38.8	44.4
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	31.4	39.2	40.1	42.6
Hoch- und Tiefbau mit Handwerk	34.0	50.2	56.2	60.4
Einzelhandel ^{b)}	31.6	41.2	46.6	50.3
Kreditinstitute ^{b)}	27.3	39.6	41.2	45.8

^{a)} Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Arbeiter und Angestellten in Ostdeutschland in v.H. der entsprechenden Verdienste in Westdeutschland.

^{b)} Nur Angestelltenverdienste

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 16, Reihe 2.2

handelt es sich um eine Kombination von adversen Angebots- und Nachfrageschocks:³⁹

- (i) Die binnenwirtschaftliche Nachfrage (insbesondere nach Konsumgütern) in der ehemaligen DDR entsprach nur zum Teil den Präferenzen der Nachfrager und wurde durch die fehlende Möglichkeit, auf ausländische Märkte auszuweichen, künstlich hochgehalten. Fallbeispiele für überhaupt nicht erhältliche oder qualitativ inferiore Güter der DDR-Unternehmen sind Legion.⁴⁰ Mit Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion offenbarten sich die Präferenzen der ostdeutschen Wirtschaftssubjekte. Konsumenten und z.T. Investoren reduzierten ihre Nachfrage nach solchen Gütern, die sie nur deshalb gekauft hatten, weil ihnen der Kauf anderer (Substitutions-) Güter verwehrt war oder weil diese Güter prohibitiv teuer waren. Mit Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion sank der Preis dieser Substitutionsgüter, dies führte dazu, daß die Anbieter heimischer Produkte auf Grund fehlender Nachfrage auf dem Gütermarkt rationiert waren. Hinzu kommen die im Verlauf des Transformationsprozesses auftretenden Nachfrageausfälle auf Grund der zurückgehenden Staatsnachfrage in einigen Sektoren (z.B. Rüstungsindustrie) und der Reduktion verfügbarer Einkommen bedingt durch Arbeitslosigkeit und vorzeitige Verrentung.

Angesichts der fehlenden Informationen über Preis-, Kreuzpreis- und Einkom-

³⁹H. Siebert sprach auf der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute am 14./15. Mai 1991 von einem "kosmischen Schock" und in bezug auf die Unternehmen der Ex-DDR von einem "Dinosaurier-Problem".

⁴⁰Dies beeinträchtigt auch die häufig vorgenommenen "Kaufkraftvergleiche" vor und nach Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion.

menselastizitäten für ostdeutsche bzw. westliche Erzeugnisse, ist es zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine eher spekulative Frage, ob der Nachfragerückgang bei einem anderen Umstellungskurs geringer gewesen wäre. Die Verbilligung der westlichen Substitutionsgüter wäre bei einem anderen Umstellungskurs als 1:1 geringer ausgefallen. Hoffmann (1991) schätzt, daß der Qualitätsabstand eher einen Umstellungskurs in der Gegend von 1 DM : 5 M nahegelegt hätte. Jedoch sind hier kurz- und langfristige Verhaltensweisen zu unterscheiden: Kurzfristig – d.h. unmittelbar nach Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion – entfaltete sich eine bisher zurückgestaute Nachfrage nach westlichen Produkten, so daß auch eine Verteuerung dieser Erzeugnisse durch einen höheren M/DM-Umstellungskurs vermutlich nur eine wenig geringere Importnachfrage zur Folge gehabt hätte, und zwar selbst unter Berücksichtigung von Einkommensrestriktionen, es sei denn, der Umstellkurs wäre so hoch festgesetzt worden, daß der Kauf insbesondere von dauerhaften Konsumgütern zeitlich gestreckt worden wäre.⁴¹ Seit Mitte 1991 ist indessen zu beobachten, daß in Ostdeutschland in zunehmendem Maße heimische Produkte gekauft werden, d.h. die Kreuzpreiselastizität der Nachfrage nach ostdeutschen Gütern nimmt (absolut betrachtet) höhere Werte an bzw. der autonome Nachfragesog nach westlichen Produkten verringert sich, insbesondere bei Standardprodukten mit objektiv vergleichsweise geringen Qualitätsabständen. M.a.W. vielleicht nicht kurzfristig, aber höchstwahrscheinlich hätte bei gegebener Lohnentwicklung ein für Ostdeutschland mittelfristig ungünstiger Umstellungskurs unter Berücksichtigung der privaten Budgetrestriktionen und der Kreuzpreiselastizität zu einem geringeren Absatzverlust ostdeutscher Produzenten von Konsumgütern geführt.

- (ii) Im Gegensatz zu den eindeutig adversen Nachfrageschocks bezüglich ostdeutscher Produkte, sind bei den entsprechenden Angebotsschocks gegenläufige Effekte zu konstatieren. Als "günstige" Angebotsschocks kommen zunächst die Entlassung betriebswirtschaftlich überflüssigen Personals, die Verringerung von Planungs- und Organisationsmängeln, die durch den Umstellungskurs bedingte Verbilligung von Vorleistungen sowie die Anpassung des ostdeutschen Steuersystems in Betracht. Als adverser Angebotsschock sind hingegen die kräftigen Lohnerhöhungen 1990/91 zu identifizieren (vgl. oben). Für die existierenden ostdeutschen Betriebe ist es unplausibel, daß die Lohnkostensteigerungen durch die Produktivitätsfortschritte auf Grund der genannten günstigen Angebotsschocks aufgefangen wurden, so daß die adversen Angebotsschocks im Betrachtungszeitraum quantitativ bedeutsamer waren.⁴²

Die makroökonomischen Wirkungen der unter (i) und (ii) aufgeführten Aspekte können anhand der aus dem volkswirtschaftlichen Grundstudium bekannten gesamtwirtschaftlichen Angebots- und Nachfragefunktion beschrieben werden.⁴³ Dazu bedarf es keiner Theorie eines Transformationsprozesses gleich welcher Provenienz.⁴⁴ Im gesamtwirtschaftlichen Preis-Mengen-Diagramm führt der unter (i) erwähnte Nachfrageausfall zu einer erheblichen Verschiebung der gesamtwirtschaftlichen Nachfragekurve

⁴¹Hinzu kamen Einschätzungen der Währungsumstellung etwa in der Form: "Man gibt die gute DM nicht für ostdeutsche Produkte aus", wie es ein ostdeutscher Bürger in einem ZDF-Interview vom 3.7.1991 formulierte.

⁴²Vgl. dazu auch Akerlof et. al. (1991), Neumann (1991).

⁴³Vgl. Flassbeck und Scheremet (1991) für eine ähnliche Vorgehensweise.

⁴⁴Dieser Meinung ist auch Hoffmann (1991). Für Übersichten vgl. Kloten (1991) oder Wagner (1991).

Tabelle 6: Typologisierung von ostdeutschen Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes (v.H.)^{a)}

Zeitpunkt	Nachfrageschwäche	Angebotsprobleme	Nachfrage- und Angebotsprobleme	Gleichgewicht
	(1)	(2)	(3)	(4)
Juli 1990	29	20	47	4
Jan. 1991	25	18	49	8
März 1991	19	22	48	11

^{a)} Vgl. Text für Erläuterungen.

Quelle: Gürtler, Nerb und Penzkofer (1991), S.13.

nach links unten, die unter (ii) beschriebenen Angebotsschocks insgesamt betrachtet zu einer Verlagerung der gesamtwirtschaftlichen Angebotskurve nach links oben. Das Diagramm liefert damit eindeutig eine Outputverringerung und damit eine Freisetzung von Arbeitskräften. Bezüglich der Preiswirkungen ergibt sich aus dem Angebot-Nachfrage-Schema als Folge des adversen Nachfrageschocks und der Kostenentlastung zunächst eine Preissenkung, welche im Zuge der über den Produktivitätsfortschritt hinausgehenden Lohnerhöhungen jedoch sukzessive in Preiserhöhungen umschlägt.⁴⁵

Die zu beobachtende Entwicklung 1990/91 entspricht diesen Ergebnissen: Output- und Beschäftigungsrückgang sowie eine kräftige Senkung des Outputpreises, die dann allerdings von (noch leichten) Steigerungen abgelöst wird. Ironischerweise wurde diese Entwicklung – zumindest was die Beschäftigung angeht – auch in quantitativem Ausmaß (wenn vielleicht auch nicht in ihrer Dauer) von den Betroffenen durchaus realistisch eingeschätzt,⁴⁶ im Gegensatz zu Politiker-Versprechen, welche eine Verbesserung der Situation im Sinne des Pareto-Kriteriums in Aussicht stellten.

Empirische Evidenz für die o.a. Einschätzung der Koinzidenz von Nachfrageschwäche und Angebotsproblemen liefert Tabelle 6. Auf der Basis des Ifo-Konjunkturtestes für Ostdeutschland, enthält diese Tabelle die Prozentanteile von Firmen, deren Produktion ausschließlich auf Grund eines Nachfragemangels [Spalte (1)] oder allein im Gefolge von Angebotsengpässen (z.B. Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, unzureichende technische Ausstattung, Finanzierungsschwierigkeiten etc.) [Spalte (2)] oder durch beide Problembereiche [Spalte (3)] behindert war oder die keine Behinderungen angaben (“Gleichgewicht”) [Spalte (4)]. Knapp die Hälfte aller Unternehmen gaben durchgängig in allen drei Zeitpunkten an, daß ihre Hauptprobleme sowohl auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite liegen, während der Anteil der Firmen, bei denen eine Nachfrageschwäche das ausschließliche Hindernis darstellt, im Zeitablauf beträcht-

⁴⁵ Für eine Darstellung der Wirkungen dieser Schocks auf die EG-Mitgliedsstaaten vgl. u.a. Issing (1991). Der Autor kommt zu dem Schluß, daß die ökonomischen Konsequenzen der deutschen Einheit primär als ein Angebotsschock zu interpretieren seien (S.2).

⁴⁶ Zu diesem Ergebnis kommt die Studie von Lechner, Pfeiffer und Wagner (1991).

lich abnimmt.

2.4 Arbeitslosigkeit auf Grund von Hemmnissen im ostdeutschen Strukturwandel

Die im Abschnitt 2.1 beschriebene Zunahme der Unterauslastung des Faktors Arbeit hätte durch eine frühzeitige und stärker dosierte Investitionstätigkeit westlicher, insbesondere westdeutscher, Unternehmen abgebremst werden können. Darüber hinaus ist die Notwendigkeit einer Erneuerung des weitgehend obsoleten ostdeutschen Kapitalbestandes unstrittig.⁴⁷ Diese Obsoleszenz wird bereits anhand seines Altersaufbaus 1989 sichtbar: Nur 27 v.H. des industriellen Ausrüstungsvermögens der DDR wurde innerhalb der letzten fünf Jahre installiert (Westdeutschland: 40 v.H.) und die Hälfte ist älter als 10 Jahre (Westdeutschland: 30 v.H.).⁴⁸ Hinzu kommen der schlechte Zustand, die produktive Ineffizienz auf Grund fehlender Ersatzteile und die hohe Umweltbelastung. Es liegt daher nahe zu analysieren, welche quantitative Bedeutung verschiedenen Investitionshemmnissen zukommt.

Angesichts zahlreicher Appelle, welche die "nationale Herausforderung" zum Inhalt hatten, ist der Hinweis vielleicht doch nicht so trivial, daß Investitionen weniger das Ergebnis vaterländischer Gefühlsaufwallungen sind, sondern dort getätigt werden, wo sie die im Vergleich zu anderen Investitionsstandorten höchsten Renditen erzielen. Aus der Regionalwissenschaft ist bekannt, daß für die Standortwahl vor allem Kostenvorteile, Verfügbarkeit von (qualifizierten) Arbeitskräften, Boden und Infrastruktureinrichtungen und für einige Wirtschaftszweige auch die regionale Nachfrage wichtige Determinanten sind.⁴⁹ Das Letztere trifft zwar insbesondere für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen zu, die eine Marktnähe erfordern,⁵⁰ also z.B. für Dienstleistungsbetriebe einschl. Banken und in gewissem Umfang auch für die Bauindustrie, jedoch geben auch Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes die "Marktnähe für Geschäfte in Ostdeutschland" als Hauptmotiv für Investitionen bzw. Investitionsabsichten an. Dies geht aus Tabelle 7 hervor, deren Angaben auf einer Sondererhebung des Ifo-Instituts vom November 1990 bis Februar 1991 beruhen. Auch das "Brückenkopf"-Motiv ist hauptsächlich durch das Bestreben einer Marktnähe – zu Osteuropa – bestimmt. Kapazitätsgrenzen in Westdeutschland und eine qualifizierte Facharbeiterschaft in Ostdeutschland sind ebenfalls wichtige Motive, während Lohn- und Kapitalkosten eine vergleichsweise untergeordnete Rolle spielen.⁵¹

Tabelle 8 zeigt, daß in Ostdeutschland unter dem Blickwinkel formaler Abschlüsse in der Tat ein hoher Anteil qualifizierter Erwerbstätiger vorhanden ist. Allerdings ist der Hinweis auf die "formalen" Abschlüsse nicht unwichtig, wenn es um einen Vergleich mit westdeutschen Qualifikationsniveaus geht. Abgesehen davon, daß erhebliche Unterschiede in den Schulsystemen zu konstatieren sind,⁵² bestehen Vorbehalte bezüglich der vornehmlich auf das Russische ausgerichteten Fremdsprachenkenntnisse sowie der

⁴⁷Schätzungen der Investitionen in Ostdeutschland, die notwendig sind, um die Produktivitätslücke zu Westdeutschland (teilweise) zu schließen, sind für alternative Szenarios enthalten in McDonald und Thumann (1990). Weitere Schätzungen des Kapitalbedarfs in Ostdeutschland stammen u.a. von Möller (1991) und Sinn (1990).

⁴⁸Quelle: Klodt (1990), S.80.

⁴⁹Vgl. dazu Bökemann (1982).

⁵⁰Vgl. dazu auch Franke (1991).

⁵¹Vgl. auch Oppenländer (1991) für eine ausführlichere Kommentierung der Tabellen 7 und 9.

⁵²Vgl. dazu die Übersicht bei v. Hennings (1991), Scheuer (1990) und Schwarze (1991).

Tabelle 7: Investitionsmotive westdeutscher Unternehmer in Ostdeutschland (v.H.)^{a)}

Motiv	Insgesamt	Beschäftigten- größenklassen		
		bis 49	50 – 199	1000 und mehr
Marktnähe für Geschäfte in Ostdeutschland	82	74	76	83
Brückenkopf für Osteuropa	45	19	36	52
Kapazitätsgrenzen in Westdeutschland	25	20	30	24
qualifizierte Facharbeiterschaft	21	13	22	22
günstige Investitions- und Finanzierungsbedingungen	12	16	19	12
geringere Lohnkosten als in Westdeutschland	11	14	18	10

^{a)} Anteile der genannten Motive in v.H. , Mehrfachnennungen möglich; Verarbeitendes Gewerbe; vgl. Text für Erläuterungen.

Quelle: Wechselberger und Jäckel (1991), S.6.

Tabelle 8: Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen in Ost- und Westdeutschland (Anteile in v.H.)^{a)}

formaler Ausbildungsabschluß	Ostdeutschland	Westdeutschland
	1990	1989
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	9	19
mit Facharbeiterabschluß	59	64
mit Meisterabschluß	7	7
mit Fachschulabschluß	16	4
mit Hochschulabschluß	9	6

^{a)} Abhängig Beschäftigte der Stichproben 1989/90 des Sozioökonomischen Panels; vgl. Text für Erläuterungen.

Quelle: Wagner und Schupp (1991), S.180

Wissensinhalte, die auf Führungs- und Leistungsaufgaben innerhalb der sozialistischen Planwirtschaft und auf den ideologischen Überbau ausgerichtet waren.⁵³

Tabelle 7 sollte nicht dahingehend interpretiert werden, Lohn- und Kapitalkosten spielten generell für die Investitionsentscheidung keine Rolle. Vielmehr gehen westdeutsche Unternehmen davon aus, daß die Löhne in Ostdeutschland in absehbarer Zeit an das westdeutsche Niveau angeglichen werden und es die Produktivität nicht fördert, wenn im Unternehmen Lohndifferenzierung größeren Umfangs zwischen heimischen und aus Westdeutschland rekrutierten Beschäftigten betrieben wird. Da eine qualifizierte Facharbeiterschaft ein wichtiges Kriterium für die Standortentscheidung ist, besteht darüberhinaus auch die Gefahr, daß eben dieses Arbeitsangebot bei erheblichen Lohndifferenzialen abwandert. Was die Kapitalnutzungskosten und deren Beeinflussung durch steuerliche Maßnahmen im Rahmen der Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland⁵⁴ anbelangt, so wird häufig auf die mit der Inanspruchnahme der Fördermittel einhergehenden erheblichen "Mitnahmeeffekte" verwiesen. Wenn dieses Argument in Einzelfällen auch zutreffend sein mag, so kommen ökonometrische Untersuchungen über die Effizienz des im Rahmen der westdeutschen Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) eingesetzten Instrumentariums zur Förderung der privaten Investitionstätigkeit in den "strukturschwachen" Gebieten zu dem Resultat, daß 1 DM Fördermittel etwa 2 DM zusätzliche, sonst nicht getätigte Investitionen zur Folge hatten.⁵⁵ Im Hinblick auf eine Stabilisierung der Beschäftigung bergen stark dosierte Investitionsanreize dieser Art jedoch die Möglichkeit in sich, daß damit besonders kapitalintensive Betriebserweiterungen oder -neugründungen vorgenommen werden und die Beschäftigungseffekte dann eher indirekter Art (über den regionalen Investitionsmultiplikator) sind.⁵⁶ Zur Unterstützung von Arbeitsplatz-Effekten wäre deshalb daran zu

⁵³ Vgl. Scheuer (1990), S.73.

⁵⁴ Vgl. dazu ausführlicher Deutsche Bundesbank (1991b).

⁵⁵ Vgl. Franz und Schalk (1989).

⁵⁶ Als extremes Beispiel für die Verlagerung sehr kapitalintensiver Produktion mit geringen Beschäfti-

denken, die Ausgestaltung der Investitionsfördermaßnahmen teilweise auch an die Schaffung von Arbeitsplätzen zu koppeln. Es könnte auch eine regionale Differenzierung der Investitionsförderung innerhalb Ostdeutschlands vorgenommen werden,⁵⁷ wobei Investitionszulagen im Vergleich zu Steuerermäßigungen vorzuziehen sind, weil Letztere nur zum Tragen kommen, wenn Gewinne erwirtschaftet wurden.

Tabelle 9 gibt Auskunft über Investitionshemmnisse in Ostdeutschland aus der Sicht westdeutscher Unternehmen im Zeitraum November 1990 bis Februar 1991. Deren Investitionen werden für 1991 bzw. 1992 auf etwa 20 bzw. 22 Mrd. DM geschätzt⁵⁸ und betragen damit rund 4 (10) v.H. der westdeutschen Brutto- (Netto-) Investitionen. Haupthindernisse sind nach den Angaben der Tabelle 9 Bewertungsfragen, Infrastrukturmängel und administrative Hemmnisse. Diese Einschätzung der Unternehmen macht einerseits deutlich, wie notwendig der zügige Ausbau der ostdeutschen Infrastruktur und die Beseitigung der (noch) bestehenden Rechtsunsicherheit sind, läßt aber angesichts der Erwartung, daß dies mittelfristig in einem beträchtlichen Ausmaß bewerkstelligt sein wird, die Schlußfolgerung zu, daß dann einer verstärkten Investitionstätigkeit grundsätzlich nichts im Wege steht. Immerhin meldeten rund 17 v.H. der Unternehmen, die bereits Investitionen in Ostdeutschland getätigt hatten oder noch planten, keine "(gravierenden) Hemmnisse".⁵⁹

3 Aspekte des Lohnbildungsprozesses

Die im vorhergehenden Abschnitt in ihrer quantitativen Größenordnung dokumentierte Lohnentwicklung gehört zu den am häufigsten diskutierten ökonomischen Aspekten der Arbeitsmarktentwicklung in Ostdeutschland. Die exorbitant hohen Steigerungsraten der Tariflöhne werden in den meisten Kommentaren als Fehlentwicklungen diagnostiziert: "Mir scheint, daß die Tarifpartner sich ihrer Verantwortung noch nicht richtig bewußt geworden sind. Im Gegensatz zu den fünfziger Jahren... stellen heute realitätsfremde, von der Produktivität vollkommen losgelöste Lohnentwicklungen eine ernste Belastung für den Aufschwung im Osten dar."⁶⁰

Neben einer ökonomischen Analyse der Frage, inwieweit die Lohnentwicklung tatsächlich den wirtschaftlichen Gegebenheiten nicht gerecht geworden ist, interessiert aus der Sicht einer ökonomischen Theorie der Lohnbildung, wie es überhaupt zu solchen Lohnabschlüssen kommen konnte, die anscheinend jedem konventionellen Modell des Lohnbildungsprozesses Hohn spotten.

Um mit dem letztgenannten Problemkreis zu beginnen, so scheinen einige kurze Reminiszenzen an den faktischen Ablauf der "Tarifverhandlungen" in Ostdeutschland hilfreich zu sein.⁶¹ Als ab der Jahreswende 1989/90 die Einsichten in das volle Ausmaß des Umbruchprozesses in der ehemaligen DDR wuchsen, standen tarifvertragliche Re-

gungseffekten wird die Förderung in West-Berlin in Form der Anwerbung der Zigarettenindustrie genannt, vgl. Schlesinger (1991), S.2.

⁵⁷Für eine solche regionale Differenzierung des GRW-Instrumentariums plädiert beispielsweise der "Kronberger Kreis"; vgl. Donges et.al. (1990), S.21f.

⁵⁸Einsch. Grundstücks- und Beteiligungserwerb sowie Zugang gebrauchter Anlagen; Quelle: Weichselberger und Jäckel (1991), S.8, Tabelle 3.

⁵⁹Weichselberger und Jäckel (1991), S.8.

⁶⁰H. Tietmeyer (Vizepräsident der Deutschen Bundesbank) in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung v. 1.7.1991, wiederabgedruckt in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Auszüge aus Presseartikeln Nr.49 v. 1.7.1991, S.6-8

⁶¹Vgl. dazu Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (1991) und Vogler-Ludwig (1991).

Tabelle 9: Investitionshemmnisse in Ostdeutschland (v.H.)^{a)}

Hemmnis	Insgesamt	Beschäftigten- größenklassen		
		bis 49	50 – 199	1000 und mehr
Bewertungsfragen	36	23	28	38
Infrastrukturmängel	32	18	35	36
ungeklärte Sanierung von Altlasten	27	19	19	37
rechtliche Probleme beim Grundstückserwerb	24	32	29	24
unsichere Marktentwicklung in Osteuropa	18	9	16	18
Verzögerung bei Betriebs- und Baugenehmigungen	15	14	17	15
Lohnkostenkalkulation	12	11	11	14

^{a)} Anteile der genannten Motive in v.H., Mehrfachnennungen möglich; Verarbeitendes Gewerbe; vgl. Text für Erläuterungen.

Quelle: Weichselberger und Jäckel (1991), S.7.

gelungen innerhalb des damaligen Systems der DDR im Vordergrund, welche auf eine möglichst weitgehende Bestandssicherung abzielten. Als Beispiel können die zu Zeiten der Regierung Modrow vor den Volkskammerwahlen am 18.3.1990 abgeschlossenen Rationalisierungsschutzabkommen dienen. Die betreffenden Tarifverträge sahen u.a. eine Unkündbarkeit von Beschäftigten vor, die mindestens 15 Jahre im Betrieb tätig waren, oder Abfindungen in der Größenordnung von bis zu drei Jahresgehältern. Diese Regelungen wurden indessen mit dem Einigungsvertrag außer Kraft gesetzt, der bestimmte, daß alle Abkommen, die vor Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion abgeschlossen und nicht ersetzt worden waren, zum Jahresende 1990 ohne Nachwirkungen auslaufen.

In den ersten Tarifverhandlungen nach Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion waren weder Arbeitgeber noch Gewerkschaften hinreichend organisiert, um Tarifverhandlungen analog zum westdeutschen Modell führen zu können. Im Grunde nahmen vier "Tarifparteien" am Verhandlungsprozeß teil: (i) Die Arbeitgeberseite befand sich häufig noch in der Gründungsphase und am Tisch saßen meist die bisherigen Betriebsleiter und/oder Kombinatdirektoren. Abgesehen davon, daß diese in der Regel ehemaligen Parteifunktionäre keine Erfahrung mit Tarifverhandlungen hatten, traten Wirtschaftlichkeitsinteressen der Unternehmen in den Hintergrund und das Eigeninteresse dieser "Arbeitgeber" an hohen Lohnabschlüssen dominierte. Dies erklärt sich daraus, daß sie davon ausgehen mußten, bald selbst "Arbeitnehmer" zu sein oder arbeitslos zu werden, wobei sich die Arbeitslosenunterstützung analog zum westdeutschen System in v.H. des letzten Einkommens bemißt. Es ist daher kaum verwunderlich, daß diese Arbeitnehmer-Arbeitgeber den Lohnforderungen wenig Widerstand entgegensezten. (ii) Sie wurden daran von der Treuhandanstalt, dem neuen Eigentümer der Betriebe, kaum gehindert, eher traf das Gegenteil zu. Zwar hat die Treuhandanstalt die ihrer Ansicht nach überzogenen Abfindungssummen an entlassene Arbeitskräfte kritisiert, sich aber ansonsten aus den Tarifverhandlungen herausgehalten und in Einzelfällen Sympathie für "faire" Löhne artikuliert.⁶² (iii) Die Gewerkschaften mögen anfangs vielleicht noch unter der Diskreditierung des FDGB und seiner Einzelgewerkschaften gelitten haben,⁶³ jedoch traten etwa seit März 1990 Experten der DGB-Gewerkschaften aktiv als Berater auf, und seitdem wirkten Vertreter des DGB an praktisch allen ostdeutschen Tarifverhandlungen mit.⁶⁴ Verhandlungsziel der Gewerkschaften war eine möglichst rasche Angleichung der ostdeutschen Löhne an das Niveau in Westdeutschland, weil ein vereintes Deutschland auch gleiche Löhne erfordere. Dahinter stand die Befürchtung der Gewerkschaften, es einerseits ihren neuen ostdeutschen Mitglieder nicht vermitteln zu können, daß in nur geringfügiger regionaler Distanz für die gleiche Arbeit stark unterschiedliche Löhne gezahlt werden, und andererseits, daß ein migrationsinduzierter Druck auf die Zuwachsraten westdeutscher Effektivlöhne die Folge einer zu ausgeprägten Lohndifferenzierung sein könnte. Anders formuliert, die westdeutschen Gewerkschaften dominierten ihre unerfahrenen und organisatorisch im Aufbau befindlichen ostdeutschen Arbeitnehmervertretungen und wandelten den Schock "deutsche Vereinigung" umgehend in hohe Tariflöhne um. Es wird weiter unten diskutiert, ob und inwieweit sie dies nicht unter bewußter Inkaufnahme erheblicher Beschäftigungsrisiken

⁶²Der erste Präsident der Treuhandanstalt R. Gohlke äußerte in einem Gespräch: "It is unfair that an engine driver should receive three times the pay to make a roundtrip from Hamburg to Leipzig as to make the same journey in the opposite direction", vgl. Akerlof et. al. (1991), S.47.

⁶³Vogler-Ludwig (1991), S.88.

⁶⁴Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (1991), S.7.

taten, so daß nur die Arbeitsplatzbesitzer in den Genuß der Lohnerhöhungen kamen und die Folgekosten dieser Lohnpolitik – soweit sie die Beschäftigungseinbrüche mitverursacht hat – der Treuhandanstalt oder der Arbeitslosenversicherung, kurzum dem westdeutschen Steuerzahler und damit auch den westdeutschen Arbeitnehmern, aufgebürdet wurden. (iv) Die Politiker machten ebenfalls deutlich, daß sie für eine zügige Lohnangleichung plädierten, vor allem deshalb, weil sie andernfalls eine hohe Ost–West–Migration befürchteten – angesichts Bekundungen auf Demonstrationen der Art: “Kommt die DM nicht zu uns, kommen wir zur DM” eine verständliche, wenn auch kritikfähige Reaktion. Die Haltung der Politiker reicht von voller Unterstützung einer Lohnangleichung – der sächsische Ministerpräsident wird dahingehend zitiert, daß “die ostdeutschen Arbeitsinkommen ganz schnell auf Westniveau steigen müssen”⁶⁵ – bis zu einer (impliziten) Akzeptanz. So findet sich beispielsweise in dem u.a. von den Ministerpräsidenten Biedenkopf und Engholm unterzeichneten Aufruf “Gemeinsames Wort zum Vereinigungsprozeß” trotz umfänglicher Einlassungen zur Arbeitsmarktpolitik kein einziges Wort zur Lohnentwicklung, wohl aber die Forderung u.a. nach Arbeitsförderungsgesellschaften und einer Arbeitsmarktabgabe für Erwerbs- und Vermögenseinkommensbezieher.⁶⁶ Nota bene: Es geht hier nicht um eine Bewertung dieses diskussionswürdigen Aufrufs, sondern um die Beschreibung des politischen Umfeldes, in dem die ostdeutschen Tarifverhandlungen stattfanden.⁶⁷

Angesichts dieser Gemengelage sind die Ergebnisse der Tarifabschlüsse wenig überraschend. Der Tariflohnanstieg belief sich allein zwischen dem dritten Quartal 1990 und dem ersten Quartal 1991 auf etwa 20 v.H. (vgl. Tabelle 4). Dieser Aufholprozeß der ostdeutschen Löhne setzte sich auch dann fort, als die Arbeitgeberseite organisatorisch ebenfalls von westdeutschen Verbänden vertreten wurde. Beleg dafür ist der Tarifabschluß für die Metallindustrie in Ostdeutschland vom Frühjahr 1991, der vorsieht, daß die tariflichen Löhne und Gehälter von rund 60 v.H. der vergleichbaren westdeutschen Tarife ab 1.4.1991 stufenweise bis zum 1.4.1994 auf volles westdeutsches Niveau angehoben werden. Entsprechende Stufenpläne sind für andere Branchen vorgesehen.⁶⁸ Unter der Annahme, daß der jahresdurchschnittliche Tariflohnanstieg in Westdeutschland 5 v.H. betragen wird, bedeutet dies eine jahresdurchschnittliche Zuwachsrate der ostdeutschen Tariflöhne – je nach relativem Ausgangsniveau – von etwa 20 bis 30 v.H..

Im Hinblick auf die zu Beginn dieses Abschnitts eingeforderten theoretischen Erklärungsmodelle des beschriebenen Lohnbildungsprozesses und seiner ökonomischen Wirkungen, erscheint es hilfreich, die beiden folgenden Ebenen auseinander zu halten. In einer zeitlichen Perspektive sollten die beschriebenen organisatorischen Phasen der Tarifverhandlungen getrennt behandelt werden, während sich die zweite Betrachtungsebene auf die Unterscheidung Neuansiedlung versus bestehendes ostdeutsches Unternehmen bezieht.

Um mit der zeitlichen Perspektive zu beginnen, so kann der Lohnbildungsprozeß in der ersten Phase aus theoretischer Sicht – wenn überhaupt – am ehesten mit Elementen einer vereinfachten Version eines “End Game” – Modells beschrieben werden unter Berücksichtigung der Tatsache, daß sich häufig auf beiden Seiten des Verhand-

⁶⁵ So der Präsident von Gesamtmetall W. Stumpfe in einem Interview in: “Die Zeit” Nr.26 v. 21.6.1991, S.29.

⁶⁶ Abgedruckt in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr.161 v. 15.7.1991, S.13.

⁶⁷ Donges (1991) spricht im Zusammenhang der Lohnerhöhungen vor und nach der Währungsunion ohne Umschweife von “politischen Lohnrunden” (S.286).

⁶⁸ Vgl. die Übersicht in Deutsche Bundesbank (1991c), S.25.

lungstisches Arbeitnehmer gegenüber saßen. Ein solches End Game – Modell wurde 1985 zur Erklärung von Lohndifferentialen in einigen niedergehenden Industriezweigen des verarbeitenden Gewerbes in den USA herangezogen,⁶⁹ ist in seiner Essenz jedoch in der Theorie der Arbeitsnachfrage als Marshall–Hicks–Regel seit langem geläufig.⁷⁰ Der Kern des Arguments besteht darin, daß die Elastizität der Arbeitsnachfrage η in bezug auf den Lohnsatz absolut betrachtet umso geringer ist, je kleiner die absoluten Werte der Preiselastizität der Nachfrage ε nach dem Produkt des Unternehmens sowie die Substitutionselastizität σ zwischen Arbeit und Kapital sind.⁷¹ Um zu begründen, warum trotz eines Güternachfrageausfalls und einer damit einhergehenden Reduktion der Arbeitsnachfrage – die Arbeitsnachfragekurve verschiebt sich parallel nach innen – Lohnerhöhungen rational sein können, muß gezeigt werden, daß η in der Tat geringer geworden ist – d.h. die Arbeitsnachfragekurve außerdem noch steiler geworden ist.⁷² Arbeiter in niedergehenden Industriezweigen, in denen keine neuen Fabriken gebaut werden, brauchen nicht zu befürchten, durch eine Kapitalintensivierung wegrationalisiert zu werden. Für diejenigen ostdeutschen Branchen, welche nach Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion in zunehmenden Maße mit der Erkenntnis konfrontiert wurden, daß sie im Wettbewerb ohnehin keine Überlebenschance besitzen (und deshalb auch keine arbeitsplatzsparenden Investitionen zu erwarten hatten) mag eine solche End Game – Interpretation dann nicht völlig unplausibel gewesen sein, wenn sie davon ausgingen, von der Treuhandanstalt noch längere Zeit ohne Entlassungen durchgehalten zu werden.⁷³ Die End Game – Interpretation sollte indessen auch nicht überstrapaziert werden, weil möglicherweise ε nicht konstant blieb. Letztlich versuchten die Arbeitnehmer erfolgreich, die Quasi-Rente in Form einer eventuell noch positiven Differenz zwischen Outputpreis und variablen Stückkosten bzw. in Form der Subventionierung seitens der Treuhandanstalt an sich zu bringen, erfolgreich deshalb, weil auf der Arbeitgeberseite häufig ebenfalls Arbeitnehmerinteressen dominierten. Die End Game – Interpretation wird jedoch für die Arbeitnehmer unplausibel, die – realistischerweise – erwarten mußten, daß der Zusammenbruch des Unternehmens und damit ihr Weg in die Arbeitslosigkeit durch hohe Lohnabschlüsse beschleunigt werden. In diesem Fall ging es um die Abwägung der Alternative: längere Beschäftigungsdauer mit niedrigen Löhnen und entsprechend geringere Arbeitslosenunterstützung oder baldige Entlassung bei höherer Arbeitslosenunterstützung.

Für die zweite Phase des Lohnbildungsprozesses kommen als theoretischer Erklärungsversuch (nicht unbedingt als "Rechtfertigung") die verschiedenen Aspekte der Effizienzlohntheorie und/oder Argumente eines "fairen Lohnsatzes" in Betracht.⁷⁴ Wie bereits dargelegt, wurden die Tarifparteien in dieser Phase von westdeutschen Beteiligten dominiert, die dann auch die Interessen westdeutscher Unternehmen bzw. Beschäftigter berücksichtigten. Diese Interessen manifestierten sich zunächst in dem Erwerb ostdeutscher Unternehmen, insbesondere an der Übernahme des qualifizierten Personals.

⁶⁹ Vgl. Lawrence und Lawrence (1985).

⁷⁰ Solow bemerkt dann auch in einem Kommentar im Anschluß an Lawrence und Lawrence (1985) lakonisch: "Always nice to see an old friend" (S.109).

⁷¹ Für eine formale Herleitung dieses Resultats vgl. z.B. Franz (1991), S.132ff. oder Neumann (1987), S.86ff.

⁷² Der Preiseffekt dieses Zusammenspiels einer Verschiebung und einer größeren Steigung läßt sich auch einfach am Beispiel der Monopolpreisbildung demonstrieren.

⁷³ Dies konzedieren auch Akerlof et. al. (1991), S.49f., die im übrigen skeptisch gegenüber einer End Game – Interpretation sind.

⁷⁴ Vgl. Franz (1991), S.300ff. für eine Übersicht und Literaturangaben.

Damit besaßen die fachlich qualifizierten Beschäftigten in Ostdeutschland in den Augen potentieller westdeutscher Investoren ein "Drohpotential" in Form einer Migration nach Westdeutschland oder einer Abwanderung in die Sektoren, in denen bereits im Vergleich zu Westdeutschland hohe Löhne gezahlt wurden – wie z.B. im Banken- und Versicherungsbereich.⁷⁵ Zur Vermeidung dieser Fluktuation gewährten die Arbeitgeber Effizienzlöhne, d.h. über dem Gleichgewichtslohn liegende Entgelte, welche Arbeitslosigkeit vor allem für die gering Qualifizierten implizieren, was billigend in Kauf genommen wurde.⁷⁶ Die Zahlung von Effizienzlöhnen ist auch mit der Anreizfunktion begründet worden, um die im sozialistischen System weniger ausgeprägte Arbeitsmoral zu heben.⁷⁷ M.a.W. die Firmen bieten mit Effizienzlöhnen den ostdeutschen Beschäftigten einen Anreiz, auch ohne Überwachung bzw. ohne exakt spezifizierten Arbeitsvertrag keine Drückebergerei (z.B. in Form von Fehlzeiten) zu betreiben. Auch die "Fair-Wage-Hypothese" geht in diese Richtung, welche darauf verweist, daß Beschäftigte ihre Leistungsintensität reduzieren, wenn der tatsächlich gezahlte Lohn unterhalb eines als "fair" angesehenen Niveaus fällt.⁷⁸ In diesem Zusammenhang muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß es andere geeignete Konstruktionen von Arbeitsverträgen gibt, welche die der Effizienzlohntheorie zugrunde liegenden Intentionen ohne Rückgriff auf die Drohung mit Arbeitslosigkeit erfüllen. Bessere – aber vielleicht in dieser Übergangsphase nicht sehr realistische – Möglichkeiten, die denselben Zweck auch bei Vollbeschäftigung erreichen, wären verschiedene Varianten der Senioritätsentlohnung, um nur ein Beispiel zu nennen.

Welches Interesse hatten – aus theoretischer Sicht – die Gewerkschaften an den Lohnabschlüssen in der hier zur Diskussion stehenden zweiten zeitlichen Phase des Lohnbildungsprozesses? Anders gefragt, wieso übten sie nicht Lohnzurückhaltung zwecks Reduktion der Beschäftigungsverluste, etwa im Sinne eines Lohn- Beschäftigungs-Verhandlungsmodells des McDonald-Solow-Typs?⁷⁹

Auch hier muß daran erinnert werden, daß den ostdeutschen Gewerkschaftern westdeutsche Kollegen zumindest "beratend" zur Seite standen, in vielen Fällen – wie z.B. in der ostdeutschen Metallindustrie – vertraten sie die Arbeitnehmerseite. Angesichts der befürchteten Wanderungen und Pendlerströme von Ost- nach Westdeutschland mögen die Gewerkschaften von der Gültigkeit des Gesetzes ausgegangen sein, daß es in einem Arbeitsmarkt auch nur einen Lohn geben könne, der durch Lohnerhöhungen in Ostdeutschland und Lohnreduktionen – evtl. nur durch Verringerung der Zuwächse – in Westdeutschland durch die erwähnte Migration erreicht wird. Dabei ist es für dieses Argument zunächst unerheblich, daß die Wanderungen in ihrem Ausmaß erheblich überschätzt worden waren. Es ist ausreichend anzunehmen, daß die Gewerkschaften eine hohe Migration erwarteten.⁸⁰

Dieser Hypothese könnte irrationales Verhalten der Gewerkschaften entgegenge-

⁷⁵Der Präsident von Gesamtmetall, W. Stumpfe, sagte in einem Interview über den Metalltarifvertrag in Ostdeutschland: "Wir müssen mit unserer Tarifpolitik vor allem auch verhindern, daß die Abwanderung der Tüchtigsten von Ost nach West einen Aufschwung im Osten ganz unmöglich macht. Wer die Löhne und Gehälter zu niedrig hält, der verliert die besten Mitarbeiter". Quelle: "Die Zeit" Nr. 26 v. 21.6.1991, S.29.

⁷⁶"Das war nicht das Ziel, aber diese Auswirkungen haben wir gewissermaßen in Kauf genommen", Quelle: ebenda.

⁷⁷Vgl. z.B. Bellmann (1991).

⁷⁸Vgl. dazu Akerlof und Yellen (1990)

⁷⁹Vgl. Franz (1991), S.283ff. für eine Darstellung und Diskussion dieser Modelle.

⁸⁰Äußerungen von Gewerkschaftern belegen diese Hypothese; diese sind in Akerlof et. al. (1991) dokumentiert.

halten werden, weil ein flüchtiger Blick in die Literatur zur Migration lehrt, daß für die Migrationsentscheidung die erwarteten Lohndifferentiale maßgeblich sind, d.h. also die Lohnsätze gewichtet mit den entsprechenden Beschäftigungswahrscheinlichkeiten.⁸¹ Hohe Löhne in Ostdeutschland führen indessen zu einer geringeren Beschäftigungswahrscheinlichkeit und konterkarieren damit die angestrebte Einebnung der Lohndifferentiale. So gesehen hätten die Gewerkschaften eine aus ökonomischer Sicht unsinnige Politik betrieben: Sie wollten die Migration vermeiden und induzierten sie durch bewußte Inkaufnahme von erheblichen Beschäftigungsverlusten auf Grund der Lohnerhöhungen in Ostdeutschland. Dieses an sich stichhaltige Argument verliert in diesem konkreten Fall an Relevanz, weil die hohe Arbeitslosenunterstützung (einschl. Kurzarbeitergeld)⁸² eben auf Grund der hohen Lohnabschlüsse und der Erwartung, die Treuhandanstalt werde die Betriebe in erheblichem Umfang "durchhalten",⁸³ dann doch das erwartete Einkommen in Ostdeutschland beträchtlich anheb. Die dann reduzierte Migration übt mithin einen geringeren Lohndruck in Westdeutschland aus.

Zur Beurteilung der ökonomischen Folgen der hohen Lohnabschlüsse ist danach zu differenzieren, ob es sich um neuangesiedelte oder bestehende ostdeutsche Betriebe handelt. Für industrielle Großprojekte, Neuansiedlungen und grundlegend modernisierte Betriebe in Ostdeutschland gelten westdeutsche Produktivitäten als Richtgröße. Damit sind für diese Unternehmen die Lohnkosten zwar tragbar, allerdings bildeten sie auch keinen Attraktor für Investitionen in Ostdeutschland, wie es in Tabelle 7 in Abschnitt 2.3 zum Ausdruck kommt. Ohnehin gingen die westdeutschen Unternehmen nicht davon aus, daß Ostdeutschland auf Dauer ein "Niedriglohnland" sein würde. Schwieriger, wenn nicht unmöglich, ist es für bestehende bzw. neugegründete Unternehmen in Ostdeutschland, die zunächst einmal Organisations- und Anlaufprobleme zu überwinden haben bzw. deren qualitativ verbesserte Produkte bei entsprechend niedrigeren Preisen bessere Absatzchancen hätten, insbesondere seitdem sich 1991 eine partielle Nachfrageverlagerung auf ostdeutsche Produkte abzuzeichnen beginnt.

4 Schlußbemerkungen

Der Beitrag befaßte sich mit einer Bestandsaufnahme und Analyse der ostdeutschen Arbeitsmarktentwicklung.

Nach einer Schätzung des tatsächlichen Grades der Unterauslastung des Faktors Arbeit, welcher sich Mitte 1991 auf etwa 30 v.H. beläuft, wurden unterschiedliche Ursachen der Arbeitslosigkeit untersucht und z.T. quantifiziert, wie z.B. die Freisetzung von Beschäftigten auf Grund systembedingter Organisations- und Planungsmängel, veränderter Produktions-, Kosten- und Absatzbedingungen sowie von Hemmnissen im ostdeutschen Strukturwandel. Ein besonderes Augenmerk wurde der Analyse des Lohnbildungsprozesses in Ostdeutschland gewidmet. Dieser ist in seiner institutionellen Ausgestaltung durch mehrere Phasen gekennzeichnet. Als theoretische Erklärungsansätze seines Ergebnisses kommen verschiedene Aspekte der Effizienzlohntheorie und – in beschränktem Umfang – Elemente eines "End Game Modells" in Betracht.

⁸¹ Für eine neuere Übersicht über das Thema "Migration" vgl. z.B. Stark (1991).

⁸² Beide Zahlungen sollen nach Überlegungen der Bundesregierung in Ostdeutschland längere Zeit als in Westdeutschland gewährt werden.

⁸³ Diesen Punkt betonen auch Burda und Funke (1991), S.22f. im Rahmen ihrer Analyse des Lohnbildungsprozesses auf der Basis verschiedener Varianten des "monopoly union"- Modells.

Insgesamt gesehen waren die Auswirkungen einer solchen schlagartigen Handelsliberalisierung verbunden mit einer Aufwertung der ostdeutschen Währung aus ökonomischer Sicht erklärbar und absehbar. Ein einfaches makroökonomisches Lehrbuchmodell reicht aus, wichtige Effekte herauszuarbeiten. Auf diesem Hintergrund ist das als Mangel empfundene Fehlen einer allgemeinen Theorie des Übergangsprozesses nicht ganz verständlich, abgesehen davon, daß ein solches Modell, welches die Dosierung und den zeitlichen Ablauf einer Stabilisierungspolitik genau vorschreibt, auch für ein wirtschaftspolitisches Management westlicher Volkswirtschaften nicht zur Verfügung steht. Wenn es aus politischen Gründen geboten war, den Vereinigungsprozeß so rasch zu vollenden – und der Putschversuch in der UdSSR im August 1991 läßt dies als richtige politische Entscheidung erscheinen –, dann ist es müßig, darüber zu diskutieren, wie graduelle Übergänge zu bewerkstelligen gewesen wären. Dies schließt kritische Reflektionen über bestimmte getroffene Maßnahmen – wie z.B. über die Wahl des Umstellungskurses –, über institutionelle Investitionshemmnisse und den ostdeutschen Lohnbildungsprozeß natürlich nicht aus.

Literatur

- [1] Akerlof, G.A., A.K. Rose, J.L. Yellen u. H. Hessenius, (1991). East Germany In From the Cold: The Economic Aftermath of Currency Union. *Brookings Papers on Economic Activity*, 1:1991.
- [2] Akerlof, G.A. u. J.L. Yellen, (1990). The Fair Wage-Effort Hypothesis and Unemployment. *Quarterly Journal of Economics*, 105:255–283.
- [3] Albach, H., (1991). Economic Aspects of German Unification. *Hochschulnachrichten aus der Wissenschaftlichen Hochschule für Unternehmensführung Koblenz*, 1/91:32–38.
- [4] Bach, H.U., C. Brinkmann, H. Kohler u. E. Spitznagel, (1990). Zur Arbeitsmarktentwicklung 1990/91 im vereinten Deutschland. *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 23:455–473.
- [5] Bellmann, L., (1991). *Wage Policy in East Germany*. Nürnberg. Manuskript.
- [6] Belwe, K., (1991). Zur Beschäftigungssituation in den neuen Bundesländern. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B29/1991 (Juli):27–39.
- [7] Bökemann, D., (1982). *Theorie der Raumplanung*. Oldenbourg, München.
- [8] Brautzsch, H.-U., (1991). *Strukturelle Arbeitslosigkeit in der ehemaligen DDR*. Manuskript.
- [9] Burda, M. u. M. Funke, (1991). German Trade Unions after Unification – Third Degree Wage Discriminating Monopolists? Working Paper Nr. 91/33/EP, INSEAD, Fontainbleau.
- [10] Cornelsen, D. u. W. Kirner, (1990). Zum Produktivitätsvergleich Bundesrepublik – DDR. *DIW-Wochenbericht*, 14:172–174.
- [11] Deutsche Bundesbank, (1990). Die Währungsunion mit der Deutschen Demokratischen Republik. *Monatsberichte der Deutschen Bundesbank*, 42 (Heft 7):14–29.

- [12] **Deutsche Bundesbank**, (1991a). Zur Messung der Verbraucherpreisentwicklung im vereinigten Deutschland. *Monatsberichte der Deutschen Bundesbank*, 43 (Heft 5):32-37.
- [13] **Deutsche Bundesbank**, (1991b). Wirtschaftsförderung in den neuen Bundesländern. *Monatsberichte der Deutschen Bundesbank*, 43 (Heft 3):15-26.
- [14] **Deutsche Bundesbank**, (1991c). Ein Jahr deutsche Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. *Monatsberichte der Deutschen Bundesbank*, 43 (Heft 7):18-30.
- [15] **Donges, J.B.**, (1991). Arbeitsmarkt und Lohnpolitik in Ostdeutschland. *Wirtschaftsdienst*, Heft 6 (1991):283-291.
- [16] **Donges, J.B., W. Engels, W. Hamm, W. Möschel u. O. Sievert**, (1990). *Wirtschaftspolitik für das geeinte Deutschland*. Frankfurter Institut für wirtschaftspolitische Forschung, Bad Homburg v. d. H.
- [17] **Dostal, W.**, (1990). Ergänzungen und Erläuterungen zum Aufsatz von R. Schäfer und J. Wahse: "Prognostische Einschätzung des Einflusses moderner Technologien auf das gesellschaftliche Arbeitsvermögen in der DDR". *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 23:80-81.
- [18] **Flassbeck, H. u. W. Scheremet**, (1991). *Gespaltener Arbeitsmarkt im vereinten Deutschland*. Berlin. Manuskript.
- [19] **Fleissner, P. u. G. Krüger**, (1991). A System Dynamics Model for the Late German Democratic Republic. Beitrag auf der Konferenz "Econometrics of Short and Unreliable Time Series", Juni 1991, Institut für Höhere Studien, Wien.
- [20] **Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung**, (1991). Grundlinien künftiger Tarifpolitik in den neuen Bundesländern. *Wirtschaftspolitische Diskurse* Nr. 12, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- [21] **Franke, G.**, (1991). *Ökonomische Perspektiven der Wiedervereinigung Deutschlands*. Konstanzer Universitätsreden, Band 180, Universitätsverlag, Konstanz.
- [22] **Franz, W.**, (1991). *Arbeitsmarktökonomik*. Springer, Berlin.
- [23] **Franz, W. u. H.J. Schalk**, (1989). Wie effizient ist die regionale Strukturpolitik? In W. Fischer, (Hrsg.), *Währungsreform und Soziale Marktwirtschaft*, S. 149-162. Duncker u. Humblot, Berlin.
- [24] **Genser, B.**, (1990). Tax Policy Options for a United Germany. Working Paper WP/90/89, International Monetary Fund, Washington.
- [25] **Gerstenberger, W.**, (1990). Das zukünftige Produktionspotential der DDR – ein Versuch zur Reduzierung der Unsicherheiten. *Ifo-Schnelldienst*, 43, Heft 7:13-22.
- [26] **Gürtler, J., G. Nerb u. H. Penzkofer**, (1991). Ifo-Konjunkturtest in den neuen Bundesländern. *Ifo-Schnelldienst*, 16-17/1991:8-13.

- [27] **Heinze, A., J. Kammerath, O. Samalwasser u. J. Tschinkel**, (1991). *Erwerbstätigenstruktur und Produktivitätsgefälle im Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland, Beitrag zur Konferenz "Perspektiven für den Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern", Dresden im Mai 1991*. Berlin. Manuskript (Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung).
- [28] **v. Henniges, H.**, (1991). Bildungsstruktur, Ausbildungsstruktur und ausbildungsadäquater Einsatz. In G. Wagner, B.V. Rosenblatt u. D. Blaschke, (Hrsg.), *An der Schwelle zur sozialen Marktwirtschaft. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 143*, S. 17–22. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.
- [29] **Hoene, B.**, (1991). Labor Market Realities in Eastern Germany. *Challenge*, 34, No.4:17–22.
- [30] **Hoffmann, L.**, (1991). *Wirtschaftspolitik und Systemtransformation – Erfahrungen mit der deutschen Vereinigung*. Berlin. Manuskript, Juni 1991.
- [31] **Horn, G.A., W. Scheremet u. R. Zwiener**, (1991). Domestic and International Macroeconomic Effects of German Economic and Monetary Union. DIW-Diskussionspapiere 26 (Juni 1991), DIW, Berlin.
- [32] **Institut der Deutschen Wirtschaft**, (1991). *Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland*. Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln.
- [33] **Issing, O.**, (1991). EWS, Währungsunion und Kapitalallokation. In Deutsche Bundesbank, (Hrsg.), *Auszüge aus Presseartikeln*. Nr. 13 v. 27.2.1991. S. 1–4.
- [34] **Klodt, H.**, (1990). Arbeitsmarktpolitik in der DDR: Vorschläge für ein Qualifizierungsprogramm. *Die Weltwirtschaft*, 1:1990:78–90.
- [35] **Kloten, N.**, (1991). Die Transformation von Wirtschaftsordnungen. Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, Nr. 132, Mohr und Siebeck, Tübingen.
- [36] **Lawrence, C. u. R.Z. Lawrence**, (1985). Manufacturing Wage Dispersion: An End Game Interpretation. *Brookings Papers on Economic Activity*, 1:1985:47–106.
- [37] **Lechner, M., F. Pfeiffer u. G. Wagner**, (1991). Die Arbeitsmarkterwartungen in der DDR kurz vor der Währungsunion. DIW-Diskussionspapier Nr. 22, DIW, Berlin.
- [38] **Long, N.V. u. H. Siebert**, (1991). A Model of the Socialist Firm in Transition to a Market Economy. Kieler Arbeitspapiere, Nr. 479, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Kiel.
- [39] **McDonald, D. u. G. Thumann**, (1990). Investment Needs in East Germany. In L. Lipschitz u. D. McDonald, (Hrsg.), *German Unification. Economic Issues, Occasional Paper No. 75*, S. 71–77. International Monetary Fund, Washington.
- [40] **Mieth, W.**, (1991). Die zweigeteilte Konjunktur im vereinigten Deutschland und das ostdeutsche Lohnniveau. Regensburger Diskussionsbeiträge zur Wirtschaftswissenschaft Nr. 238 (August 1991), Regensburg.

- [41] Möller, J., (1991). *Ökonomische Perspektiven der deutsch-deutschen Integration*. Konstanz. Vortragsmanuskript.
- [42] Neubäumer, R., (1991). *Der ostdeutsche Arbeitsmarkt – Bestandsaufnahme und Ansatzpunkte einer auf mehr Beschäftigung ausgerichteten Wirtschaftspolitik*. Manuskript. ☺
- [43] Neumann, M., (1987). *Theoretische Volkswirtschaftslehre II. Produktion, Nachfrage und Allokation*. Vahlen, München, 2. Aufl.
- [44] Neumann, M., (1990). Ordnungspolitische und ökonomische Bewertung arbeitsmarktpolitischer Instrumente. In Bertelsmann Stiftung, (Hrsg.), *Arbeitslosigkeit ist vermeidbar – Wege aus der Arbeitslosigkeit*, S. 59–70. Bertelsmann, Gütersloh.
- [45] Neumann, M.J.M., (1991). *German Unification: Economic Problems and Consequences*. Bonn. Manuskript.
- [46] Oppenländer, K.H., (1991). Private and Public Investment – Performance and Outlook. Beitrag zum I.P.I.–IIASA Symposium, Mai 1991. Manuskript.
- [47] Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, (1990). *Jahresgutachten 1990/91: Auf dem Weg zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands*. Kohlhammer, Mainz.
- [48] Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, (1991). Sondergutachten “Marktwirtschaftlichen Kurs halten. Zur Wirtschaftspolitik für die neuen Bundesländer”, April 1991.
- [49] Scheuer, M., (1990). Ausbildung und Qualifikation der Arbeitskräfte in der DDR. *RWI-Mitteilungen*, 41:67–79.
- [50] Schlesinger, H., (1991). Die Wirtschaft des vereinigten Deutschlands und ihre Stellung in der Weltwirtschaft. In Deutsche Bundesbank, (Hrsg.), *Auszüge aus Presseartikeln*. Nr. 45 v. 19.6.1991. S. 1–6.
- [51] Schwarze, J., (1991). Ausbildung und Einkommen von Männern. *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 24:63–69.
- [52] Sesselmeier, W., (1991). *Der Arbeitsmarkt: Probleme, Analysen, Optionen. Probleme der Einheit Bd. 1*. Metropolis, Marburg.
- [53] Siebert, H., (1990). The Economic Integration of Germany. Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 160, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Kiel.
- [54] Siebert, H., (1991). German Unification: The Economics of Transition. Kieler Arbeitspapiere, Nr. 468a, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Kiel.
- [55] Siebert, H., H. Schmieding u. P. Nunnenkamp, (1991). The Transformation of a Socialist Economy. Lessons of German Unification. Kieler Arbeitspapiere, Nr. 469, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Kiel.
- [56] Sinn, H.–W., (1990). Macroeconomic Aspekts of German Unification. Münchner Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge 90–31, Universität München, München.

- [57] **Stark, O.**, (1991). *The Migration of Labor*. Basil Blackwell, Cambridge.
- [58] **Vogler-Ludwig, K.**, (1990). Verdeckte Arbeitslosigkeit in der DDR. *Ifo-Schnelldienst*, Nr. 24/90:3-10.
- [59] **Vogler-Ludwig, K.**, (1991). Helfer ohne Augenmaß. *Wirtschaftswoche*, Nr. 22 v. 24.5.1991:85-89.
- [60] **Wagner, H.**, (1991). Einige Theorien des Systemwandels im Vergleich. In J. Backhaus, (Hrsg.), *Systemwandel und Reformen in östlichen Wirtschaften*, S. 17-39. Metropolis, Marburg.
- [61] **Wagner, G. u. J. Schupp**, (1991). Die Sozial- und Arbeitsmarktstruktur in der DDR und in Ostdeutschland – Methodische Grundlagen und ausgewählte Ergebnisse. In Projektgruppe “Das Sozio-ökonomische Panel”, (Hrsg.), *Lebenslagen im Wandel – Basisdaten und -analysen zur Entwicklung in den Neuen Bundesländern*, S. 178-197. Campus, Frankfurt/M.
- [62] **Weichselberger, A. u. P. Jäckel**, (1991). Investitionsaktivitäten westdeutscher Unternehmen in der ehemaligen DDR. *Ifo-Schnelldienst*, 12/91:6-10.
- [63] **Wohlleben, R.**, (1991). *Arbeitsmarkt im Vergleich*. Berlin. Manuskript.